

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Telefon: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 283.

Donnerstag, den 3. Dezember 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Weg zur Freiheit.

Keine Epoche der menschlichen Geschichte hat in den engen Raum weniger Jahrzehnte Gewaltigeres zusammengebrängt als das Zeitalter, dem die kapitalistische Produktionsweise sein Gepräge gegeben hat. „Die Bourgeoisie hat ganz andere Wunderwerke vollbracht als ägyptische Pyramiden, römische Wasserleitungen und gotische Kathedralen, sie hat ganz andere Züge ausgeführt als Völkerwanderungen und Kreuzzüge,“ so rühmte schon vor sechzig Jahren Karl Marx den Siegeszug der modernen Technik, die unvergleichliche Ummwälzung aller Lebensverhältnisse, die das Werk des emporsiehenden Kapitalismus war. Und doch erscheint alles, was vor sechzig Jahren das Wunderwerk einer neuen Wirtschaft war, uns heute schon klein und ärmlich im Vergleich zu den großen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte. Was waren die Spinnereien Lancashires, an deren Beispiel Marx und Engels die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus dargestellt haben, gegenüber den ungeheuren Riesenbetrieben, in denen heute die blinden Naturkräfte, von einer kleinen Zahl von Arbeitern beherrscht und gezügelt, der Volkswirtschaft ihre Rüstung aus Stahl und Eisen schaffen! Und wenn auch die technische Revolution nicht des ganzen Volkes Errungenschaft ist, sondern nur die Basis, auf der sich das große Gebäude der Kartelle und Unternehmerverbände, die Herrschaft der Großbanken, die Diktatur der Kapitalistenklasse aufbaut, so ist es doch dieselbe Entwicklung, die die Arbeiterklasse zum hoffnungsvollen, siegesgewissen Kampfe zusammenschart, die mit den ausgebeuteten Klassen auch die geknechteten Nationen zu unbeugsamem Wollen, ungeahntem Können reifen läßt. Darf sich der Kapitalismus nicht seines Werkes rühmen?

Aber andererseits hat die Menschheit diese Errungenschaften furchtbar teuer erkauft. Ganze Generationen hat der Kapitalismus zertreten. Er mordet die Kinder in der rauchgeschwängerten Atmosphäre seiner Fabriken, er hat unjensei Frauen das Mutterglück zu furchtbarster Qual gemacht, er läßt den Arbeitlosen auf der Landstraße verkommen, er führt alljährlich Zehntausende seiner Opfer in seine Gefängnisse. Er raubt dem Handwerker seine Selbstständigkeit, er vertreibt den Bauern von der väterlichen Scholle. Er hat für alles seinen Preis, kauft alles in barem Gelde: das Leben der Männer wie die Ehre der Frauen. Ferne Völker hat er vernichtet, fremde Länder aller Schätze beraubt, um seinen Reichtum zu mehren. Tiefend vom Blute und Schweiß ungezählter Millionen, führt er die Menschheit zur Herrschaft über die Natur.

Wenn in den Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs alle Kräfte sich regen, des Kapitalismus großes Ummwälzungswerk zu fördern, dann fühlt auch die Arbeiterklasse, wie die Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte auch sie emporträgt. So war es in den letzten Jahren. Die Arbeitslosigkeit war in den meisten Industriezweigen fast verschwunden. Die Gewerkschaften wuchsen in allen Ländern mächtig empor. In vielen erfolgreichen Lohnkämpfen sicherte sich die Arbeiterklasse ihren Anteil an den Früchten der schnellen Wirtschaftsentwicklung. Der wirtschaftliche Fortschritt war von dem politischen begleitet. In Rußland beugte die Revolution des Zaren Willen. Die Arbeiter Österreichs erstritten sich ihr Bürgerrecht im Staate. Den Völkern Ungarns ward das gleiche Stimmrecht verheißen. Hoffnungsvoll sah die Arbeiterklasse aller Länder sich dem endlichen Siege nähern.

Aber jedem Aufstieg der kapitalistischen Wirtschaft folgt ein jäher Sturz. Und wenn die Arbeiterklasse in den Jahren der Wirtschaftsbüße vor allem das Große am Kapitalismus, das Nahen ihres eigenen Sieges sieht, so lernt sie in den schweren Zeiten der Krise seine verheerenden, Menschen und Völker mordenden Wirkungen kennen.

Vom Westen her kam diesmal der verheerende Sturm. Einer furchtbaren Krise in Amerika folgte der industrielle Niedergang in England, in Deutschland, Österreich-Ungarn usw. Die Zahl der Arbeitslosen steigt. Der Kampf der Gewerkschaften ist erschwert. Die Unternehmerverbände zwingen die Arbeiter zu opfervollen Abwehrkämpfen. Aus den willensschwachen Elementen der Arbeiterschaft suchen sich die Unternehmer „gelbe“ Hilstruppen zu sammeln, die den eigenen Klassengegnern verätherisch in den Rücken fallen. Alle Kräfte der organisierten Arbeiterschaft müssen eingesetzt werden, um die Anschläge des Unternehmertums auf ihre Lebenshaltung abzuwehren.

Gleichzeitig schließen sich auch die politischen Parteien der besitzenden Klassen zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie zusammen. In Frankreich lassen die Verbündeten der Radikalen die Führer der Gewerkschaften

verhaften. Im Deutschen Reiche schließen die letzten Reste des bürgerlichen Freisinn ein Bündnis mit der Reaktion. In Rußland triumphiert der Zarismus über die Revolution. In Ungarn werden die Hoffnungen der Völker auf das gleiche Wahlrecht schmählich getäuscht. In Österreich bilden die bürgerlichen Parteien bald eine Koalition, deren einziger Gedanke der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist, bald entfehlen sie wieder den nationalen Kampf, dessen Loben die Forderungen der Volksmassen überhöhen soll.

Mit der Verschärfung der Klassegegensätze im Innern fällt auch die Verschärfung der äußeren Gegensätze der Staaten zusammen. Immer gefährlicher wird der Gegensatz zwischen England und dem Deutschen Reiche. Im englischen Oberhaus verlangt der erste Feldherr des Reiches, daß die britischen Arbeiter neben der stärksten Flotte auch ein gewaltiges Landheer erhalten sollen. Vom deutschen Reichstag verlangen die Regierungen 500 Millionen Mark neue Steuern, zur selben Zeit, wo das persische Regiment mehr denn je sein Haupt erhebt. Der Zarismus sucht seine blutigen Gewalttaten zu rechtfertigen, indem er im Bunde mit England sich als Vorkämpfer des gesamten Slaventums gegen Deutschland und Österreich gebärdet. Die türkische Revolution führt zu gefährlichen Konflikten auf der Balkanhalbinsel. Die Annexion Bosniens und der Herzegovina leitet ein diplomatisches Ränkespiel ein, das den Frieden ernsthaft bedroht. Die Furcht vor dem Ausbruch eines großen Krieges lähmt alle wirtschaftlichen Kräfte. Wohl protestiert die Arbeiterklasse in allen Ländern gegen Kriegsrüstung und Kriegshege. Aber die Quertreibereien der Diplomatie mißachten den Willen der Völker.

Und doch dienen auch diese schlimmen Zeiten dem großen Entwicklungsprozeß, der die Arbeiterklasse zu ihrer Selbstbefreiung führt. Haben die glücklichen Kämpfe in der Periode der Hochkonjunktur unsere Truppen geschult und mit Siegesgewißheit erfüllt, so werden die schlimmen Zeiten der Krise neue Kämpfer.

Mit tiefer Erbitterung wird die Arbeiterklasse erfüllt, da sich wiederum auf der einen Seite die Vorräte unverkäuflicher Waren häufen, die Maschinen stillstehen, die Arbeiter ihre Arbeitsstelle verlieren, während auf der anderen Seite Tausende gesunder Nahrung, warmer Kleidung, menschenwürdiger Wohnung entbehren. Während die Besitzenden in diesen schlimmen Zeiten Unbestimmung heucheln, erkennen Tausende Proletarier den allseitigen Gegensatz, in dem ihre Klasse zur kapitalistischen Gesellschaft, zum Klassenstaat und zu den bürgerlichen Parteien steht. Wenn irgend etwas die Kriegsgefahr zu bannen vermag, ist es die Furcht der Herrschenden vor der steigenden Erbitterung der proletarischen Massen. Auch die verantwortlichen Leiter der Staaten wissen sehr wohl, daß jeder kriegerischen Verwicklung gewaltige innere Ummwälzungen folgen würden. Das Beispiel der Kommune, die dem deutsch-französischen, das Beispiel der Revolution, die dem russisch-japanischen Kriege gefolgt ist, lehrt, daß der kapitalistische Staat nur noch einmal gegen den Willen der Volksmassen das Schwert ziehen wird.

So dienen nicht minder als die erfolgreichen Kämpfe der Hochkonjunktur auch die schweren Leiden und ersten Sorgen der Krise dem großen Kampfe des Proletariats. Der ewige Wechsel von Aufschwung und Niedergang ist der kapitalistischen Gesellschaft ehernes Gesetz; und in jeder Phase des industriellen Zyklus ändert sich auch das Bild des proletarischen Kampfes. Aber aus der Siegesfreude der Hochkonjunktur wie aus der Erbitterung der Krisenzeiten schöpft die kämpfende Arbeiterklasse neue Kraft. Auch die Zeiten des Leidens und der Sorge, die das unbarmherzige Getriebe der kapitalistischen Wirtschaft der Arbeiterklasse immer wieder auferlegt, liegen auf dem Wege zur Eroberung der Staatsgewalt und zur Ummwälzung des Gesellschaftsgebäudes, auf dem Wege zur Freiheit.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Aufrollung der Verfassungsfrage.

Das äußere Bild des Reichstages glich am ersten Tage der Verfassungsanträge so ziemlich dem Bilde bei der sogenannten Kaiserdebatte. Die Tribünen waren so überfüllt, daß der berühmte Apfel nicht zur Erde hätte fallen können. In die Hofloge soll sich sogar ein leibhaftiger Hohenzollernprinz verirrt haben, welcher welterschütterndes Ereignis die Operngläser mancher Zuschauerinnen in Betrieb setzte. Wer aber nicht erschienen war, das war der Reichskanzler. Er hatte seinen Abdatus fürs Innere gefunden, den verbindlichen Bethmann-Hollweg, der, weil er einmal im Abgeordnetenhaus erklärte, nicht an den Klapperstorch zu glauben, in den höchst un-

begründeten Verdacht liberaler Gesinnungen gelangte und dies ausnutzte, um in der fasssam bekannten Weise die Freisinnigen für den verächtlichen Sprachenparagrafen zu gewinnen. Herr v. Bethmann-Hollweg stellte sich dem Hause als so eine Art wißbegierigen Hospitanten vor, der Studien halber einmal hergekommen sei, um sich die Sache anzuhören. Eventuell gedenkt der hohe Bundesrat, diese Studien des Stellvertreters des Reichskanzlers zu verwenden.

Wenn in dem Freisinn noch ein Rest von dem alten Demokratenstolze der Biegler und Waldeck leben würde, so hätte diese süffisante Erklärung Bethmanns den linksliberalen Fraktionsredner Müller-Meinungen mit dem lodernen Feuer berechtigten Jarnes erfüllen müssen. Statt dessen sprach Herr Müller-Meinungen mehr als akademischer Jurist, denn als Volksvertreter, verlor sich in nicht einmal immer richtige historische Reminiszenzen und wurde erst dann lebhaft, als die brisante Art, mit der man am Bundesratstisch in lauten Privatgesprächen sich erging, seine Geduld einer allzuharten Belastung unterwarf. Es fehlte der Rede Müller-Meinungen keineswegs an guten Partien, aber das an Buridans berühmten Esel gemahnende Schwanken des Freisinn zwischen parlamentarischen Regime und Willkürherrschaft wirkte aushöhlend auf die Ausführungen seines Fraktionsredners.

Immerhin war Müller-Meinungen Rede noch ein Meisterstück tribunischer Beredsamkeit, vergleicht man sie mit der auf sie folgenden Rede des Zentrumsführers Spahn. Herr Spahn zittert vor jeder wirklichen Machtvermehrung des Reichskanzlers. Nicht einmal den Polenantrag auf Einberufung des Reichstages, wenn ein Drittel der Mitglieder es verlangt, will er akzeptieren, obwohl eine Anzahl Zentrumsmitglieder diesen Antrag unterstützt haben. Sehnt sich der seit den Dernburgtagen etwas verstaubte Ruhhandelszylinder des Herrn Spahn nach frischer Aufbülung? Wünscht das Zentrum wieder mit seinen alten nationalliberalen Gegnern die Verflaumungsmehrheit zu provozieren, die das bürgerliche Gesetzbuch durchpeitschte und bis über die Tage des Zollmachers hinaus dem Deutschen Reichstag den Charakter oder vielmehr die Charakterlosigkeit verlieh? Es war doch höchst eigenmächtig, daß hinterdrein der nationalliberale Herr Sunck fast wörtlich manche Partien der Spahnischen Rede wiederholte und gleich den Zentrumsführern ein zahm gefaßtes Verantwortlichkeitsgesetz als einzige Verfassungsänderung zulassen wollte. In bezug auf die Geschäftsordnungsfrage scheinen die Nationalliberalen, vorläufig wenigstens, sogar weitergehen zu wollen, als das „oppositionelle“ Zentrum. Wieder war es die Sozialdemokratie, die wieder gut machte, was Zentrum und Freisinn verfahren hatten. Wieder fand der bürgerliche Parlamentarismus an den Vertretern des Proletariats seine einzigen wirklichen Verteidiger. Die Rede des Genossen Ledebour war, auch ästhetisch betrachtet, eine Glanzleistung, wie selbst weit rechts stehende Bürgerliche zugestehen mußten. Vom Vizepräsidenten Pasche in kleinlichster Weise unterbrochen, vom Sinkerchorus mehr als einmal umheult, durch Zwischenrufe oft sehr aberner Art gereizt, bewahrte Ledebour unerschütterliche Ruhe, benutzte die Unterbrechungen, um durch treffende schlagfertige Antworten seine Ausführungen noch wirksamer zu gestalten, würzte bald mit feiner Ironie, bald mit beißender Satire seine kraftvollen Darlegungen, und wußte die Töne packenden Humors so gut zu finden, wie die Töne des höchsten Pathos. Höchst lebendig und anschaulich war seine Skizze der uralten Abenteuerpolitik der Bismarckjahre, die ostasiatische Drecknesten als Plätze an der Sonne ausgab, wunderbar war die Skizzierung der Güntlingswirtschaft, die dahin geführt hat, daß Skatenspiel und Bierluck und Seiltänzerkünste zur Berufung in hohe Reichsäämter oder zur ersten Kandidatur für eine solche befähigen. Dem Freisinn, dem die Schwerin-Löwig und Arendt artige Kinder-moral gepredigt haben, wies Ledebour die hohen Ziele einer wirklichen Bürgerpartei. Noch einmal steht der Freisinn am Scheidewege, eine unverdiente Gunst des Schicksals gibt ihm die Möglichkeit, sich rein zu waschen von seiner gehäuften Sündenschuld. Wird er die Gelegenheit benutzen? Fest steht, daß Ledebours Rede, die einen wahren Beifallssturm in den Reihen unserer Fraktion entfehlte, auch am Freisinn keineswegs eindrucklos vorübergegangen ist.

Einigermassen auf der Höhe, auf die Genosse Ledebour die Debatte erhoben hatte, hielt sich der folgende Redner, der elegante Polengraf Wielezjynski, bei der Solidarität des polnischen und des deutschen Volkes im Kampfe gegen den Absolutismus prius. Auf das tiefste Niveau aber drückte die Verhandlung herab die langweilige, inhaltlich bereits oben skizzierte Rede des nationalliberalen Rechtsanwalts Sunck, und die mit Wasserfall schnelle plätschernde Rede des millionenreichen Reichsparteklers Dirksen, der jedoch wenigstens dem polnischen

Verfassungsantrag gute Seiten abgewann, und diesmal die verstorbene Königin Luise nicht bemilichte.

Am Donnerstag geht die Debatte weiter.

Ins dem Reichstage.

Das Viehschützengesetz droht zu scheitern. Nach der Regierungsvorlage sollte es den Einzelstaaten überlassen bleiben, von wem und wie die Entschädigung für Tiere aufzubringen ist, die an Seuche geendet oder wegen der Seuche getötet worden sind.

Das Zentrum hat nun gemeinsam mit den Agrariern einen Antrag eingebracht, wonach die Entschädigung aus öffentlichen Mitteln zu beschaffen ist. Als öffentliche Mittel sollen aber nicht angesehen werden, die Mittel der Gemeinden und der Gutsbezirke. Unter diesen Umständen müßten die Entschädigungen von den Einzelstaaten bezahlt werden. Die Viehhalter könnten zu Beiträgen herangezogen werden, die aber insgesamt die Hälfte der gezahlten Entschädigungssumme nicht übersteigen dürfen, sodas die Einzelstaaten unter allen Umständen die Hälfte der Entschädigungen aus Staatsmitteln bezahlen müßten. Der Vertreter des Reichsamtes des Innern beantragte nach Annahme dieses Antrages sofortige Vertagung, weil das ganze Gesetz nunmehr verschoben sei, und erst eine neue Beratung der verbündeten Regierungen stattfinden müsse.

Die Kommission beschloß aber, die erste Lesung des Entwurfes zu Ende zu führen. Das die verbündeten Regierungen von dem Prinzip, den Schadenersatz den Viehhaltern zu übertragen, abgehen werden, ist nicht anzunehmen, sodas damit gerechnet werden kann, daß der Gesetzentwurf zurückgezogen wird.

Staatssekretär Kräfte und das Koalitionsrecht.

Der Staatssekretär des Reichspostamtes hat sich bisher beharrlich dagegen gestraubt, seinen Untergebenen die Ausübung des Koalitionsrechts zu gestatten. Jetzt kommt die Meldung, daß Staatssekretär Kräfte den Verband deutscher Post- und Telegraphen-Untergebenen genehmigt habe. Dem Verband sollen bis jetzt 64 000 Mitglieder beigetreten sein. Man geht gewiß nicht fehl in der Annahme, daß auf die Tätigkeit dieses Verbandes ein sehr strenges Augenmerk gerichtet werden wird, sodas von einer wirklichen „Koalitionsfreiheit“ für die Angestellten der Reichspost durchaus nicht die Rede sein kann.

Gegen die Arbeitslosigkeit.

Die preußischen Minister des Handels und des Innern haben die ihnen nachgeordneten Behörden angewiesen, schleunigst Vorkehrungen zur Milderung der Arbeitslosigkeit zu treffen. In erster Linie sollen die staatlichen Betriebe in vollem Umfange aufrechterhalten werden, sonstige Arbeiten sind sofort in Angriff zu nehmen und zwar auch solche, die noch nicht beschlossen, aber bestimmt in Aussicht genommen sind. So weit als möglich sollen der Industrie Aufträge zugewiesen werden, um auch dort Arbeiterentlassungen nach Möglichkeit zu verhüten.

„Uppräussische Sparsamkeit“.

In Danzig ist für den dortigen Regierungspräsidenten ein Palais lediglich als Wohngebäude errichtet worden. Die Kosten dieses Wohngebäudes haben ohne Grund und Boden mehr als eine Viertel Million Mark verschlungen. Nach dem neuen Gesetz hat der Regierungspräsident 12 000 Mk. Gehalt und 1800 Mk. Wohnungsgeldzulage zu verlangen. Wenn man die Gesamtkosten der ihm errichteten Dienstwohnung mit einer Verzinsung von 6 Proz. berechnet, so kostet diese Wohnung den preußischen Steuerzahlern mindestens 18 000 Mark jährlich.

Eine neue Landesorganisation.

In München ist in den letzten Tagen eine „Soziale Vereinigung des Neuen Mittelstandes“ gegründet worden, deren Vorstand nun mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit tritt, in dem es heißt:

„Die Arbeiter waren die ersten, die den Wert und die Notwendigkeit starker Organisationen erkannten. Der Organisierung des Proletariats folgte neuerdings die Organisierung der Angehörigen des sogenannten Neuen Mittelstandes.“ Wir verstehen darunter alle die Berufschichten, die weder Proletarier noch Kapitalisten noch auch Angehörige des gewerblichen Mittelstandes sind, also: Staats- und Gemeindebeamte, kaufmännische und technische Privatangestellte, die freien Berufe, wie Ärzte, Schriftsteller, Künstler usw., und schließlich auch die Studierenden, die fast ausnahmslos auf einen oder mehreren Berufen sich durch ihr Studium vorbereiten. Zur Organisierung der einzelnen Gruppen muß nun ein einigender großer Zug, das lebendige Solidaritätsbewußtsein der Gesamtheit des Neuen Mittelstandes hinzutreten, um bei vollster Freiheit jeder Organisation in all ihren Einzelbestrebungen die mannigfachen Organisationen des Neuen Mittelstandes zu fördern, auf gemeinsame Ziele hinzulenken, zu sammeln. Dieser Sammlung, frei von jeder parteipolitischen Tendenz mit voller Freiheit des einzelnen, sich persönlich nach Belieben parteipolitisch zu betätigen, will die „Soziale Vereinigung des Neuen Mittelstandes“ dienen.“

Wenn auch jetzt betont wird, daß die Vereinigung ohne parteipolitische Tendenz sein soll, so wird sie sich doch bald zu einer politischen Organisation ausbilden oder — noch wahrscheinlicher — Anhängel einer bereits bestehenden Partei werden. Nach der Zusammenfassung der Vereinigung dürfte eine Art Nationalsozialismus das nächste Entwicklungsstadium sein.

Die preußischen Steuervorlagen.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses begann gestern mittag die Beratung der Steuervorlagen der Regierung. Als erster Redner wandte sich der irkonservervative Abg. v. Dowski gegen das Gemeinklassensteuergesetz, aber nicht etwa aus prinzipiellen Gründen, sondern lediglich aus taktischen Erwägungen heraus. Er erklärte ausdrücklich, daß er dem Gedanken der Gesellschaftsteuer an sich nicht ablehnend gegenüberstehe. Weiter bekämpfte der Redner die von der Regierung vorgeschlagene Erhebung von Steuerzuschlägen für das laufende Jahr.

Wenn man Kolonialpolitik treibt.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Aus Kamerun wird soeben der Tod des Leutnants Kauter von der dortigen Schutztruppe gemeldet. Der Verstorbene hat zuletzt den durch die Dume-Station

in Ostkamerun an der Mündung der Dume in den Kadei errichteten Posten befehligt. Von dem deutschfreundlichen Oberhäuptling zu Baturi gegen die Auswanderungsbefehle nach französischer Seite zu Hilfe gerufen, war Kauter in den ersten Septembertagen dorthin aufgedrungen. Während er vom Baturi-Oberhäuptling selbst freundlich aufgenommen wurde, zeigten die dicht dabei liegenden Stämme von vornherein eine feindselige Haltung, die den deutschen Offizier zur Umkehr bewegen zu haben scheint. Offenbar wollte er unangebrachten Verwicklungen aus dem Wege gehen. Auf dem Rückmarsch zum Kadei wurde Kauter in der Nähe dieses Flusses bei dem Ort Belisolo plötzlich heftig angegriffen. Zwar gelang es dem energischen Führer, diesen Angriff zurückzuweisen, aber nicht nur seine schwache Abteilung erlitt bedeutende Verluste (von 17 Soldaten drei tot, drei schwer und sieben leicht verwundet), sondern auch Kauter selbst wurde durch einen Schuß in die linke Seite schwer verwundet. Der mit einer stärkeren Abteilung alsbald an Ort und Stelle geeilte Leiter der Dume-Station, Oberleutnant Schipper, der die Ordnung in jenem Gebiet schnell wieder herstellte, hielt die Überführung des Verwundeten zur Küste unter Leitung des Stationsarztes für nötig. Auf diesem Marsche ist Leutnant Kauter seiner Verwundung erlegen. — Hoffentlich zieht dieser Vorfall nicht einen neuen Kolonialkrieg nach sich.

Der Wahlrechtskampf in Sachsen.

Dienstag abend fanden in ganz Sachsen Demonstrationen statt, die sich mit dem sich gegenwärtig wieder im Landtag abspielenden Skandal der Wahlrechtsverfälschung befahnten. Aus Dresden schreibt man:

„In Dresden fanden 6 überfüllte Wahlrechtsversammlungen statt, die zum Teil polizeilich abgesperrt wurden. Ein ungeheures Polizeiaufgebot hatte alle Zugänge zum Schloß und auch die Brücken besetzt. In der Neustadt zogen ca. 700 bis 800 Personen unter Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht durch die Straßen. An den Brücken wurden sie von der Schutzmannschaft zurückgedrängt, doch verlief glücklicherweise alles ohne Zwischenfall.“

Die bürgerliche Presse bringt alarmierende Nachrichten über den Ausfall der gestrigen Demonstrationen, doch entbehren sie jeder Grundlage. Das Polizeiaufgebot erwies sich als völlig überflüssig und war höchstens geeignet, Zusammenstöße herbeizuführen.“

Hinlich wie in Dresden verliefen die Demonstrationsversammlungen überall: Durchgehend sehr starke Beteiligung, aber ruhiger Verlauf.

Interstaatsekretär Dr. Stenrich,

der seit etwa Jahresfrist von seinem Gesandtschaftsposten in Leheran abberufen und in das auswärtige Amt übernommen wurde, hat seinen Abschied eingereicht. Dr. Stenrich gehörte auch zu denen, die den Artikel, das Kaiser-Interview betreffend, in Händen hatten, aber nicht gelesen haben.

Ein Gewaltakt der sächsischen Reaktion.

Im sächsischen Landtage wurde gestern die sogen. Wahlrechtsreform zu Ende geführt. Nach längerer Debatte wurde der § 10 der Eventualvorlage, der die Wähler in solche mit einer Stimme und solche mit vier Stimmen scheidet, mit 40 gegen 37 Stimmen angenommen. Ein Antrag Andre (R.) und Genossen, nach welchem den Wählern mit nur einer Stimme vom 50. Lebensjahr ab eine Zusatzstimme gewährt wird, wurde mit 42 gegen 35 Stimmen angenommen. Die Anträge der Minderheit wurden abgelehnt und damit die Regierungsvorlage in der Fassung der Mehrheit angenommen.

Nachdem die Zweite Kammer die §§ 11 bis 52 der Eventualvorlage mit geringen Änderungen angenommen hat, erfolgte die Annahme des gesamten Eventualgesetzentwurfes in namentlicher Abstimmung mit 40 gegen 37 Stimmen. Die sozialdemokratischen und freisinnigen Anträge auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts beziehungsweise Wiedereinführung des Wahlrechts von 1868 wurden gegen 5 Stimmen abgelehnt. Die zum Wahlgesetz vorliegenden Petitionen beschloß die Kammer auf sich beruhen zu lassen. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Osterreich-Ungarn.

Die nationalen Wirren in Prag, die zu erneuten Ausschreitungen führten, haben zur Proklamation des Standrechts geführt.

Rußland.

Großes Aufsehen erregt in Petersburg die Verfügung des Marineministers, nach der General Alexejew wegen „gewalttätiger Erpressung von Geldern im Staatsdienst“ unter gerichtliche Anklage gestellt werden soll. General Alexejew hat durch seine Enthüllungen über die Tätigkeit des Marineministeriums bei den Schiffsneubauten, die in der „Nowoje Wremja“ unter dem Pseudonym „Brutus“ erschienen sind, große Popularität erlangt, da er die furchtbaren Mißbräuche des berühmten „technischen Komitees“ aufdeckte. Bald darauf mußte Brutus seiner Artikel wegen den Abschied nehmen.

Morokko.

Wenig Gegenliebe scheint der neue Gegenjultan im Lande zu finden. Seine Ausrufung ist nur lokaler Natur gewesen.

China.

Ein Amnestieerlaß. Über den Inhalt des bevorstehenden Amnestieerlasses wird berichtet: Der Erlass enthält eine Billigung des bereits bekannt gegebenen Reformprogramms und bringt keine Änderung über irgendwelche Änderungen in der Politik durch das neue Regime. Er umfaßt zwanzig Abschnitte. Für langjährige Dienstleistungen werden die üblichen Belohnungen zugesagt. Die Amnestie wird für zehn Kapitalverbrechen verweigert, zu denen als erstes noch die Beherrschung von Ujuren hinzutritt. Aus dieser Bestimmung erhellt, daß die Lage der früher verbannten Reformer durch den Erlass nicht verbessert wird.

Amerika.

Die Garung in Haiti nimmt immer größere Dimensionen an. Wie aus Port-au-Prince gemeldet wird, empörte sich die Bevölkerung gegen die Regierung und setzte sich ohne Kampf in den Besitz der Stadt. Es wurde eine provisorische Regierung ernannt. General Legitime wurde zum Präsidenten gewählt. Aus Port-au-Prince wird weiter gemeldet, daß Staatsminister Borno vom Amt zurückgetreten ist, so daß nunmehr nur noch die Minister des Innern, der Justiz und der Finanzen Portefeuilles inne haben. — Die Vorhut der Revolutionäre besetzte Peogane, ohne Widerstand zu finden.

Nach einem Telegramm aus Port-au-Prince hatte bei dem Staatsstreich hier General Canal die Leitung in den Händen. Er hatte bis morgens nichts von seinen Absichten verstanden lassen, als auf einmal gut bewaffnete Bürgerhaufen die Polizeiwachen überfüllten und das Arsenal und den Hafen besetzten. Der Präsident Nord Alexis befindet sich noch in seinem Palast. Die diplomatischen Vertreter beschlossen, seine Abreise von Haiti zu erleichtern und zu beschleunigen. Alle in der Stadt gebliebenen Minister, höheren Militärs und Beamte suchten in den verschiedenen Gesandtschaften Zuflucht.

Zwei amerikanische und ein französischer Kreuzer liefen nachmittags in Port-au-Prince zum Schutze ihrer Gesandtschaften Truppen. Das Volk nimmt gegen den Präsidenten Nord Alexis, der sich noch immer in seinem Palaste befindet, eine drohende Haltung an.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 3. Dezember.

Achtung, Zimmerer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Salow und Höpner die Sperre verhängt. In Betracht kommt der Bau Grünmühle.

Achtung Zimmerer! Über das Geschäft des Zimmermeisters Raumann in Gohorst ist seitens der Bahnhofs-Stockelsdorf der Zimmerer die Sperre verhängt.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Wädel, Fackelburger Allee Nr. 51, Zabs, Werderstraße die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Görner u. Heidenreich: Fäufhäuser Nr. 21—23, Grünmühle in der Hafenstraße, Siebau Markt, Kattenhof bei Schwartau.

Achtung Bauarbeiter! Über die Sietbauarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinhaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Wädel und F. Zabs im Fäufhäusern und über den Bau Hafenstraße (Grünmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Die Versammlung der Bürgererschaft, welche am Montag, den 7. Dezember 1908, stattfand, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Wahlen zum Bürgerausschuß. II. Mitteilungen des Senates. III. Anträge des Senates: 1. Einsetzung einer gemeinsamen Kommission vom Senat und Bürgererschaft. 2. Erhöhung der Besoldung der Hilfslehrkräfte. 3. Beihilfe zur Unterhaltung der Schule des Waisenhauses. 4. Errichtung einer siebensten Gerichtsvollzieherstelle. 5. Erlass eines fünften Nachtrages zum Lübeckischen Gerichts-Kostengesetz. 6. Nachbewilligung von 60 875,81 Mk. an die Baudeputation zum Abschluß der Abrechnung für das Jahr 1907. 7. Umbau der Postbrücke in Traventünde. 8. Spezialpläne für den Bau der Heilanstalt Steckh. 9. Mittlerung des Stadtkassenverwalters für seine Geschäftsführung in den Rechnungsjahren 1904 und 1905, sowie für die Abrechnung des Polizeiamtes für das Rechnungsjahr 1903. 10. Neuordnung der Forstverwaltung. IV. Bericht der Kommission zur Vorprüfung der Eingabe der Witwe Dagenström, betreffend Bewilligung einer Witwen- und Waisenpension.

Die Gewerbebeitragsvorlage an eine gemeinsame Kommission von Mitgliedern des Senates und der Bürgererschaft verworfen. Dem Bürgerausschuß lag in seiner gestrigen Sitzung folgendes Senatsdekret vor: Als am 17. Juni d. J. der Senat dem Bürgerausschuß seinen Antrag, betreffend Einführung einer Gewerbesteuer, zur Begutachtung vorlegte, nahm er an, daß vor dem Eintritt in die Verhandlungen über das Budget des nächsten Jahres der Gesetzentwurf verabschiedet sein werde. Diese Erwartung scheint sich nicht zu erfüllen. Zwar hat die Bürgerausschuß-Kommission unterm 20. d. M. berichtet, und der Gegenstand soll das Plenum des Bürgerausschusses in einer außerordentlichen Versammlung beschaffen. Der Kommissionsbericht gibt aber in dem Hauptantrage: unter Ablehnung des Senatsantrages vom 17. Juni d. J. den Senat zu ersuchen, die Einberufung einer gemeinschaftlichen Kommission von Senat und Bürgererschaft zu erwirken zwecks eingehender Prüfung der Fragen, welche mit Bedarf und Deckung des Staatshaushalts für die nächsten Jahre zusammenhängen. Wenn der Bürgerausschuß auch zu den Beschlüssen seiner Kommission noch keine Stellung genommen hat, so glaubt der Senat doch in der Annahme nicht fehlzugehen, daß der auf Veranlassung einer gemeinschaftlichen Kommission abzielende Antrag auf die Billigung des Bürgerausschusses rechnen kann. Er wird in dieser Auffassung durch die Tatsache bestärkt, daß in der Versammlung der Bürgererschaft vom 23. v. Mts. bei der Verhandlung über den dort gestellten und angenommenen Antrag, den Entwurf eines neuen Einkommensteuergesetzes abermals kommissarischer Führung zu unterziehen, ebenfalls, und ohne Widerspruch aus der Mitte der Bürgererschaft zu finden, darauf hingewiesen ist, daß die Beratung der eingebrachten und der angeforderten Steuervorlagen die beste Förderung durch Einsetzung einer diesem Zwecke gewidmeten gemeinsamen Kommission erfahren dürfte. Von dem Wunsch geleitet, seinerseits nichts zu veräumen, was, ohne der Gründlichkeit der Beratungen Eintrag zu tun, zur Erreichung eines möglichst baldigen Abschlusses der Steuerreform nach Lage der Sache geeignet erscheint, hat der Senat sich entschlossen, dem im Bürgerausschuße wie in der Bürgererschaft gleichzeitig empfohlenen Vorschläge schon jetzt näher zu treten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Beratung der Bürgererschaftskommission, auch wenn sie dazu gelangen sollte, die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission zu empfehlen, eine beträchtliche Zeit beanspruchen würde, die gespart werden kann, wenn der Senat schon heute mit der auf bürgerseitscher Seite gewünschten Art der weiteren Behandlung sich einverstanden erklärt. Sachliche Bedenken sind gegen den gemachten Vorschlag nicht zu erheben. Er entspricht den Anschauungen, die im Laufe der letzten Jahres wiederholt durch Senat und Bürgererschaft, betätigt worden sind. Was die Frage betrifft, in welcher Weise das zu erteilende Kommissariat zweckmäßig abzugrenzen sein dürfte, so werden durch Anhalt des Senates an dieser Beratung die ihrer Lösung nach harrenden formalen Aufgaben einer etwaigen Vereinigung des Staatsbudgets und

Budgets der städtischen Gemeindeanstalten sowie einer Reform des Kassenwesens u. w. d. a. jedenfalls auszuschließen sein. Daß andererseits bei Beratung der Steuerentwürfe der voraussichtliche Bedarf der nächsten Jahre einen bedeutenden Raum einnehmen wird, ist selbstverständlich, so daß in der Fassung des zu ermittelnden Auftrages eine besondere Hervorhebung dieses Punktes nicht erforderlich scheint. Der Senat beschließt hiernach, bei der Bürgererschaft zu beantragen: daß eine gemeinsame Kommission von Senat und Bürgererschaft eingesetzt werde mit dem Auftrage, die dem Bürgerausschuß und der Bürgererschaft vorliegenden Steuerentwürfe im Zusammenhange zu prüfen und über das Ergebnis der Verhandlungen zu berichten. Der Senat bemerkt dabei, daß er in nächster Zeit auch die Entwürfe, betreffend Einführung einer Wertzuwachssteuer, sowie betreffend Abänderung der Grund- und Gebäudesteuer, an den Bürgerausschuß zu bringen beabsichtigt und alsdann beantragt, auch diese Vorlagen der jetzt einzusetzenden gemeinsamen Kommission zu überweisen. Dr. von Brockmann beantragte, den Senatsantrag folgendermaßen abzuändern: daß eine gemeinsame Kommission von Senat und Bürgererschaft eingesetzt werde mit dem Auftrage, die dem Bürgerausschuß und der Bürgererschaft vorliegenden Steuerentwürfe einheitlich und im Zusammenhange mit dem Bedarf der nächsten Jahre und seiner Deckung zu prüfen und über das Ergebnis der Verhandlungen zu berichten. Der Bürgerausschuß erklärte sich einstimmig für die Mitgenehmigung des Senatsantrages in der vorstehenden abgeänderten Fassung. — Die in der Versammlung des Bürgerausschusses vom 1. Juli d. Js. eingesetzte Kommission zur Vorprüfung der Senatsvorlage, betreffend Einführung einer Gewerbesteuer beantragt: 1. unter Ablehnung des Senatsantrages vom 17. Juni 1908 den Senat zu ersuchen, die Einberufung einer gemeinschaftlichen Kommission zu erwägen zwecks einheitlicher Prüfung der Fragen, welche mit Bedarf und Deckung des Staatshaushalts für die nächsten Jahre zusammenhängen; 2. eventuell, im Falle der Ablehnung zu 1., die Senatsvorlage abzulehnen, mit der motivierten Erklärung, daß der Bürgerausschuß: a. die Veranlagung der Gewerbesteuer nach dem zweifachen Maßstab des Anlage- und Betriebskapitals einerseits und des Ertrages ins Sinne des steuerpflichtigen Einkommens aus dem Gewerbe andererseits für richtig halte; b. die Einkommen- und die Konsumvereinfacher vorerst ablehne, weil sie aus dem vorliegenden Entwurf des Gewerbesteuerentwurfes nicht ohne weiteres loszulösen sind. Mit Rücksicht auf den Beschluß der Bürgererschaft die Einziehung einer gemeinsamen Kommission von Senat und Bürgererschaft zu empfehlen, welche die dem Bürgerausschuß und der Bürgererschaft vorliegenden Steuerentwürfe einheitlich und im Zusammenhange mit dem Bedarf der nächsten Jahre und seiner Deckung prüfen und über das Ergebnis der Verhandlungen berichten soll, wurde die Beratung des Kommissionsantrages vom Bürgerausschuß einstimmig abgelehnt.

Das Beste wäre es gewesen, man hätte die ganze Gewerbesteuerentwurf vorliegende in den Actus verlegt. Damit hätte man wesentlich zur Verringerung weiterer Klagen unserer Bevölkerung, die man mit durchaus ungerechtfertigten Belastungen bedrückt, beigetragen.

Gewerbegericht. Sitzung am Mittwoch, den 2. Dezember. Der Maschinenmeister V. fordert vom Buchdruckermeister D. den Lohn für 4 Tage mit 19.36 Mk. V. ist am 19. September d. Js. zum 26. deselben Monats gekündigt. Am 22. September ist er infolge eines Wortwechsels mit dem Faktor und dem Prinzipal plötzlich entlassen, wie er behauptet ohne genügenden Grund. Er fordert deshalb für die noch fehlenden Tage bis zum Ablauf der Kündigung die oben angegebene Summe. Diese Sache hat das hiesige Tarifschiedsgericht der Buchdrucker beschäftigt, doch ist der Spruch deselben vom Beklagten bei der höheren Instanz angefochten und wegen eines Formfehlers an die erste Instanz zurückverwiesen. Der Vorliegende ist der Meinung, daß die Sache auch dort weiter verhandelt werden müsse; die Parteien erklären aber auf Befragen, daß sie das Gewerbegericht als zuständige Instanz anerkennen. Der Kläger ist durch den Maschinenmeister N. vertreten, Beklagter ist selbst erschienen. Die Darstellungen der Parteien über die Vorgänge bei der Entlassung geben dem Gericht kein klares Bild hierüber, sodaß beschlossen wird, den Kläger, der in Hamburg wohnhaft ist, und den Schriftführer Ge. von hier zum Freitag, den 11. Dezember, abends 6 Uhr zur weiteren Verhandlung zu laden. — Der Maschinenist Sch. klagt gegen das Hockofenwerk auf Zahlung von Lohn für 11 Tage a 4.50 Mk. gleich 49.50 Mk. Sch. ist am 12. November d. Js. entlassen worden; eine Klage auf Zahlung des Lohnes für 14 Tage wegen ungerechtfertigter Entlassung war vom Gewerbegericht im vorigen Termin abgewiesen worden. Am 16. November hat Sch. seinen Entlassungsschein vom Werk geholt. Auf diesem Schein ist als Tag der Entlassung irrtümlich der 12. Oktober angegeben. Der Schein ist am 22. November berichtet. Er behauptet nun, infolge des verkehrt ausgestellten Scheines nicht in der Lage gewesen zu sein, sich um andere Arbeit zu bewerben zu können. Deshalb die eingangs geschilberte Klage. Der Vertreter des Werks, Obergeringier W., gibt den Tatbestand zu, erklärt aber, daß wenn Sch. den Fertum sofort gemeldet hätte, auch sogleich ein richtiger Schein ausgestellt worden wäre. Im Wege des Vergleichs erhält Sch. 10 Mk. — Der Arbeiter B. hat im Betriebe des Stauer's H. beim Entlöschen des Dampfers "Jrey" 1/4 Tag gearbeitet. Er fordert den Lohn hierfür mit 1.10 Mk. Der Stauer H. gibt die Möglichkeit, daß B. dort gearbeitet hat, zu. Er hat ihn jedoch morgens um 6 Uhr bei der Kontrolle nicht bei der Arbeit gesehen. Nach dem Frühstück sei B. ebenfalls nicht mehr dagewesen. B. erklärt, an dem fraglichen Morgen um 6 1/2 Uhr die Arbeit angetreten zu haben und zum Frühstück ausgeschieden zu sein. Beklagter erklärt sich bereit, 1.00 Mk. zu zahlen. Kläger ist damit einverstanden. Kosten entfallen damit nicht. — Der Arbeiter M. ist beim Kunstgärtner C. vom 28. September bis zum 24. November gegen einen Wochenlohn von 18 Mk. beschäftigt gewesen. Am letzten Tage ist er ohne Kündigung entlassen; wie er behauptet zu Unrecht, da nach seiner Ansicht erst eine vierzehntägige Kündigungsfrist hätte eintreten müssen. M. fordert auf Grund dieser Annahme den Lohn für eine Woche mit 18 Mk., da er bis zum 1. Dezember arbeitslos war. Kläger ist schon im Frühjahr ds. Js. beim Beklagten in Arbeit gewesen und hat damals die Beschäftigung seinerseits ohne Kündigung aufgegeben. Herr C. behauptet nun, daß er den M. zu den gleichen Bedingungen wie im Frühjahr engagiert habe. Kläger kann dies nicht bestreiten, ihm wird deshalb geraten die Klage zurückzugeben. Er tut dies; ihm erwachsen 50 Pf. Kosten.

Das Arbeiterssekretariat ist seinerzeit von den hiesigen organisierten Arbeitern gegründet worden, um allen Arbeitern ohne Unterschied der religiösen und politischen Anschauung in allen Fällen des täglichen Lebens mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Fortwährend will aber das genannte Institut auch invaliden und unfallverletzten Arbeitsgenossen bei der Erlangung ihrer gesetzlichen Ansprüche behilflich sein. Wie notwendig es nun ist, bei den vorstehenden Bestimmungen der Berufsvereinigungen, die Renten auf ein möglichst niedriges Maß herabzudrücken, um Rentenstreitverfahren das Arbeiterssekretariat aufzu-

suchen, beweist ein in der letzten Sitzung des hiesigen Schiedsgerichts für Arbeiterverpflegung verhandelter Fall. Der Arbeiter B. erlitt vor ca. 15 Jahren im Betriebe der Koch'schen Schiffswerft einen Unfall, indem ihm beim Aufsteigen eines Schiffes eine schwere hölzerne Stange auf den Kopf fiel, wodurch seine Schädeldecke in einer Länge von 35 cm gespalten wurde. Wegen dieses erlittenen Unfalls erhielt er bis zum 1. September dieses Jahres eine Rente von 66 2/3 Prozent. Nach einem auf Veranlassung des Zentralsvorstandes der Berufsvereinigungen seitens des Vertranensarztes derselben erteilten Gutachtens bezüglich des Zustandes des Verletzten soll nun die Rente auf 20 Prozent herabgesetzt werden. Auf Grund seiner vorläufigen Befugigung des Schiedsgerichts war die Rente auf Antrag der Berufsvereinigungen seit 1. September dieses Jahres bereits antragsgemäß herabgesetzt worden. In der Verhandlung bestand der Vertreter der V. G. auf diesem Antrag, da nach ärztlichem Gutachten der Zustand des Verletzten sich soweit gebessert habe, daß eine Herabsetzung der Rente bis auf 20 Prozent gerechtfertigt sei. Der Verletzte antwortete auf Befragen, daß die Herabsetzung seiner Rente wohl etwas zu stark sei. Mit Herabsetzung auf 30 Prozent würde er sich zufrieden geben. Erhielte er aber nichts mehr, so müßte er sich eben mit 25 Prozent befriedigen. Er sei seit 2 Jahren bei einer hiesigen Firma mit leichten Arbeiten, wie Verschleiffen, Austragen von Konnossementen, Beaufsichtigen der Arbeiter beim Entlöschen der Schiffe usw., beschäftigt. Hierfür erhalte er einen Wochenlohn von 20 Mk. Wäcken könne er sich nicht und schwere Arbeiten verrichte er überhaupt nicht. Die Schädelwunde ist immer noch schmerzhaft. Der Vertreter der Berufsvereinigungen bot nun 25 Prozent, wohl einsehend, daß der Zustand des Klägers ein erledigt sei und verbotene, die Zustimmung des Verletzten zu erhalten. Das war anscheinend den Mitgliedern des Schiedsgerichts etwas zu stark. Selbst ein Vertreter der Arbeitgeber erlaubte den Berufsvereinigungen, doch die verlangten 30 Proz. im Vergleichswege zuzubilligen. Der Verletzte habe es versäumt, sich an einen Vorstand zu wenden; hätte er dieses getan, so würde dieser sich der Sache des Verletzten ganz anders angenommen haben. Nach dieser Auslassung des Schiedsgerichts willigte die Berufsvereinigungen in die Gewährung einer 30prozentigen Rente an den Verletzten mit dessen Zustimmung ein und kam darauf ein diesbezüglicher Vergleich zustande. — Dieser Fall zeigt mit großer Eindringlichkeit, daß die Arbeiter nur ihrem eigenen Besten dienen, wenn sie bei der Geltendmachung von Rentenansprüchen oder bei der von der Berufsvereinigungen beabsichtigten Herabsetzung ihrer Renten die für sie völlig unentgeltliche Hilfe des Arbeiterssekretariats in Anspruch nehmen. Wie mancher in Dienste des Kapitals um den Besitz seiner gesunden Gliedmaßen gekommener Arbeiter würde wohl mit Recht eine höhere Rente beziehen, wenn er sich beim Arbeiterssekretariat entsprechenden Rat eingeholt hätte.

Frühzeitige Besorgung der Weihnachtskäufe. Alljährlich, wenn das Weihnachtsfest herannahet, denkt man daran, die lieben Angehörigen durch Geschenke zu erfreuen. Oft ist man sich aber noch nicht darüber klar, was und wo man kaufen soll, und erst kurze Zeit vor dem Feste entschließt man sich endlich zum Einkauf. Dann drängt sich die Käufermasse in den letzten Tagen vor dem Feste in den Läden bedenklich zusammen, und die Arbeit häuft sich ins Unermessliche. Prinzipal und Angestellte müssen ihre ganze Kraft der Saumseligkeit der Käufer opfern. Es wird eine Heze erzeugt, die bis zum Fabrikanten zurückdrückt und so bei ungezählten Tausenden werktätiger Hände ungewöhnlich hohe Anforderungen an Körper und Geist stellt. Vom frühen Morgen bis in die Nacht hinein müssen die Angestellten arbeiten und sie finden kaum Zeit, durch längere Ruhe und regelmäßige Nahrungsaufnahme neue Kräfte zu sammeln. Deshalb besorge jeder rechtzeitig seine Weihnachtskäufe und bevorzuge dabei die Tageszeiten an den Werktagen!

Die Lübecker Straßebahn beförderte im November 126 308 Personen gegen 78 552 im gleichen Monat des Vorjahres; also 47 756 Personen mehr. In den 11 Monaten dieses Jahres beförderte die Lübecker Straßebahn 1 321 440 Personen, gegenüber 892 713 Personen im gleichen Zeitraum des Vorjahres; mithin 428 727 Personen mehr.

Gesunde Gegenstände. Im Monat November sind beim Polizeiamt als gesunde eingeliefert und nicht wieder abgefordert worden: Diverse Portemanteaus mit Inhalt, sowie 1 silberne Damenuhr, 1 Damenuhr mit Stein, 1 Uhr, 1 Krawattenmadel, 1 Spazierstock, mit Silber, Krücke, 1 Schirm, 1 Reisekorb mit Inhalt, 1 Handtasche mit Inhalt, 1 Brille, 1 schw. Damenhut, 1 schw. Pelztrage, 1 K. Federboa, 1 Pandarbeit (Sitokeri), 1 Mundharmonika und 1 gelbes Huhn.

Im Haus-Theater tritt ab 1. Dezember wiederum eine künstlerisch-eriten Ranges auf, die mit Recht lebhaften Beifall verdient und fand. Wir werden morgen auf die einzelnen Leistungen zurückkommen. Der Besuch unseres Varietetheaters kann nur empfohlen werden.

Neues Stadttheater. Morgen Freitag geht die romantische Oper „Das Nachtlager in Granada“ von Kreutzer in Szene. Die Besetzung der Hauptpartien ist folgende: Jäger Herr Langefeld, Gabriele Fr. Weber, Gomez Herr Erb, Ambrosio Herr Hüttges, Basco Herr von Schend, Pedro Herr Haas. Die Inszenierung des Werkes liegt in Händen des Herrn von Schend, die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Wilcken. Am Sonnabend erscheint Ch. Gounods große Oper „Margarethe“ in der bewährten Besetzung wieder auf dem Spielplan.

Hamburg. Sieben Millionen Defizit. Der Voranschlag des Senats für den Staatshaushalt 1909 weist ein Defizit von rund sieben Millionen Mark auf. Der Senat glaubt aber dennoch mit einem Steuersatz von sieben Einheiten auskommen zu können. Von Überschüssen früherer Jahre stehen noch 1 618 000 Mk. zur Verfügung. — Antimilitaristische Meuterei. Vor der Strafkammer I des hiesigen Landgerichts hatte sich der Schloffer Brune, derzeit in Stuttgart, zu verantworten. Er ist angeklagt, die §§ 110 und 111 dadurch verletzt zu haben, indem er das Publikum in einer öffentlichen Versammlung zur „antimilitaristischen Meuterei“ und zum Aufbruch aufforderte. Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Nur einem Vertreter der Presse wurde laut Gerichtsbeschuß genehmigt der Verhandlung beizuhören zu dürfen. Brune behauptete, daß er nicht zur antimilitaristischen Meuterei aufgefordert habe, er will nur dahin referieren haben, daß ein solcher Fall eintreten könnte. Durch Zeugen wurde aber angeblich festgestellt, daß er in seinem Vortrage auf den Winterstreik in Frankreich, die Revolution in Rußland und die Meutereien im 175. Infanterie-Regiment hingewiesen habe. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis, das Gericht erteilte diesem Antrag gemäß. — Der Hausseinwurf in der Trommelstraße beschäftigte Dienstag die hiesige I. Strafkammer. Wegen fahrlässiger Körperverletzung

unter Außerachtlassung seiner Berufspflicht und wegen Vergehens gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst ist der Arbeiter D. angeklagt. Der Abbruchunternehmer B. hatte von dem Maurermeister B. den Abbruch der Häuser Nr. 11 und 13 in der Trommelstraße im April d. Js. übernommen. Zum Arbeiter bei dem Abbruch ernannte er D. Als der Abbruch bis zum Parterre des Hauses Nr. 11 vorgeschritten war, vernahmten am 13. April d. Js. die Bewohner des dreistöckigen Hauses Nr. 10 ein unheimliches Knacken und Knistern, und die Abbrucharbeiter sahen, daß sich die Giebelwand in gefährdender Weise auflösete, was sie veranlaßte, die Bewohner zum Verlassen des Hauses aufzufordern. Als das Haus von den Bewohnern unter Zurücklassung ihrer Habe verlassen war, trat sich dreiviertel Stunden später der Einsturz zu. Kurz vor dem Einsturz hatte sich eine Frau Reinhard noch einmal in das Haus begeben, um ihr Geld zu holen; da stürzte das Haus über ihrem Kopf zusammen. Sie wurde unter den Trümmern begraben und trug schwere Verletzungen davon, die sie verursachen, daß sie mit dem Leben davon gekommen ist. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten. Der Angeklagte ist weiter des Abbruchs gewarnt und hätte, als er auf die Gefahr aufmerksam gemacht war, die nötigen Vorkehrungsmaßnahmen veranlassen müssen. Er sei daher für den Hauseinsturz verantwortlich.

Kiel. Fallschirmzerwerkstätte im Zuchthause. Vor dem hiesigen Schwurgericht gelangte Montag und Dienstag ein Prozeß zur Verhandlung, wie er in den Annalen der deutschen Justiz überhaupt noch nicht vorgekommen ist. Handelte es sich doch um die Aburteilung von Fallschirmzereien in einer Strafanstalt, und zwar dem Zuchthause zu Rendsburg. Nachdem bereits längere Zeit in Rendsburg und Kiel das Auftauchen von falschen Fallschirmen beobachtet war, kam eines Tages von der Hamburger Kriminalpolizei Mitteilung, daß ein Beamter ein Gespräch beauftragt habe, in dem ein früherer Insasse des Zuchthaus zu Rendsburg einem Zehnjährigen erzählt, daß man leicht Geld aus der Strafanstalt bekommen könne, dort sei eine Fabrik angelegt. Die angeforderten Ermittlungen ergaben die Bestätigung dieses Gesprächs und weiter, daß anscheinend ein Strafanstalts-Aufsicher die Mittelperson gewesen sei, die die Fallschirme ins Publikum brachte. Angeklagt sind zwei Strafgefangene, von denen der eine wegen Mängverbrechens bereits 10 Jahre Zuchthaus zu verdienen hat, ferner ein Aufseher und Frau und ein Händler aus Hamburg, der das falsche Geld dort verausgabt haben soll. Das Urteil lautete: Der angeklagte Goldschmied und Uhrmacher Wilhelm Fabric, der in der Strafanstalt zu Rendsburg eine zehnjährige Zuchthausstrafe wegen Fallschirmzerei verbüßt, wurde zu sieben Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Schwerverlust und Polizeiaufsicht, der Gefangenenaufsicher Joh. Habes zu 2 1/2 Jahren Gefängnis, seine Ehefrau zu 50 Mk. Geldstrafe, der Daserarbeiter Joh. Bühren zu neun Monaten Gefängnis und der kleiner Christian Otte zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Kiel. Protest gegen die Stadtverordnetenwahl haben die Bürgervereine eingelegt, um ihrem Ärger über den erlittenen Reinfall Luft zu machen. Als Gründe werden u. a. angegeben, daß 1. es zu verschiedenen Zeiten durch die Überfüllung einzelner Wahllokale Wählern unmöglich gemacht war, ihr Wahlrecht auszuüben; 2. noch nach Schluß der Wahlzeit Wähler im Wahllokale Einlaß und damit Gelegenheit fanden, zu wählen; 3. in einem Wahllokale nach der Erklärung des Wahlvorstehers, daß die Wahl geschlossen sei, Wähler zur Abgabe ihrer Stimme noch zugelassen sind; 4. Wähler während der Stimmabgabe beeinflusst wurden; 5. Personen gewählt haben, obwohl sie in Kiel zurzeit ihren Wohnsitz nicht mehr haben, noch Steuern zahlen; 6. Wahlberechtigte nicht zur Abgabe ihrer Stimme zugelassen sind, da auf ihre Namen schon von anderen Personen gewählt war usw. — Die „Gründe“ hat man vorläufig aus der Luft gegriffen. In der „Ktler Ztg.“ wird nun aufgefordert, „Beweise“ für die „Gründe“ zu beschaffen.

Glimshorn. Schwere Verdacht. Wegen Verdachts, sich an Schulkindern unsittlich vergangen zu haben, wurde der Lehrer M. in Heitlingen hinter Schloß und Riegel geführt.

h. Oldenburg. Ein Wahlsieg der Sozialdemokratie bei der Gemeinderatswahl im Vorort Grotten ist zu verzeichnen. Seit einer Reihe von Jahren wird hier hart getritten; bei der Wahl vor zwei Jahren unterlagen die Genossen mit 2—8 Stimmen. Diesmal siegte unsere Partei mit 395 gegen 285 Stimmen. Gewählt sind 6 Sozialdemokraten und 3 Bürgerliche, welche mit auf unsere Liste genommen waren. Von 1350 Wahlberechtigten übten 780 ihr Wahlrecht aus. — Bei der Gemeinderatswahl im benachbarten Ohmstedde wurden 3 Genossen und 6 Bürgerliche gewählt. Die Stimmendifferenz betrug bei stärkster Wahlbeteiligung 11 bis 17, mit welcher wir in der Minorität blieben.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommen Schiffe. Dienstag, 1. Dezember.

- D. Deutschland, Kapl. Ahrens, von Riga.
- Mittwoch, den 2. Dezember.
- Geben Gzar, Kapl. Kasanuffen, von Burg.
- D. Imatra, Kapl. Bierow, von Trangfund.
- D. Malmö, Kapl. Follin, von Kopenhagen.
- Thetis, Kapl. Mörk, von Norumb.
- Rosa Lind, Kapl. Andersson, von Abo.
- Gotha, Kapl. Persson, von Falkenberg.
- Aurora, Kapl. Schlöfde, von Neustadt.
- D. Thor II, Kapl. Jørgensen, von Naakö.

Von Travemünde abgegangene Schiffe. Mittwoch, den 2. Dezember.

- D. Stadt Stralsund, Kapl. Schröder, nach Stettin.
- Ellen, Kapl. Razmussen, nach Hainia.
- Karoline, Kapl. Peterssen, nach Kutrup.
- D. Secader, Kapl. Mewz, nach Wismar.

Schiffsbewegung. Mittwoch, den 2. Dezember.

- D. Megier ist Mittwoch nacht in Gangö angekommen.
- D. Buffard ist Mittwoch vormittag von hier in Kiedal angekommen.
- D. Ganna ist Mittwoch nachmittag von Gesele auf hier abgedampft.

Briefkasten.

Schmiede. Dr. Sch. kommt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Hans Pöhlitz für den gesamten übrigen Inhalt Joh. A. Pauls Verlag. Verleger: E. H. Schwan. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Komitee- u. Kommissionssitzungen

6. Distrikt (Mühlentor)
 Sonntag, den 6. d. Mts., morgens 8 Uhr
 bei Brede.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke
 zu unserer Hochzeit sagen hiermit herzlichsten
 Dank: **H. Schaar** u. Frau geb. Reither
 genannt **Burmester**.

Ein donnerndes Hoch zum heutigen Wiegens-
 fest. Nicht verwandt aber sehr unbekannt.

Zimmer zu vermieten.
 Mittelstraße 20, part.

Gesucht zum 1. April 1909 von jungen
 Eheleuten eine Zwei-Zimmerwohnung. Ang.
 mit Preis unt. **HH 20** an die Exp. d. Bl.

Invalide sucht Beschäftigung.
 Ang. unt. **JO** an die Exp. d. Bl.

Zu verk. 3 Bände Platens Heilmethode
 passend als Weihnachtsgeschenk.
 Nöb. Siegelstraße 21.

Ein guterh. Kinderwagen m. Gummirad.
 billig zu verkaufen.
 Westhofstraße 56, 2. Etage.

2 gr. Mäntel, wass. für Kutscher od. Fuhr-
 leute, sowie ein **Taschentuch** für schlanke
 Figur zu verkaufen.
 Seiserstraße 26a, 1.

Durch Zufall eine **neue Blüschgarnitur** f.
 85 Mk. zu verk. **Bedergarbe 20, 2. Etage.**

Guterh. Winter-Heberzieher
 für Mittel-Figur zu verkaufen.
 Greveradenstraße 7, part.

Ein neues und ein gebrauchtes **Bett** billig
 zu verkaufen. **Balauerstraße 37.**

Schöne Äpfel billig zu verkaufen.
Ausborn, Bädellüge.

Sonnabend u. Sonntag steht
 ein großer Transport **Lützen-
 burger Ferkel** zum Verkauf.
Geertz Hotel, Schwartau.

Damen- und Kindergarderoben
 werden angefertigt. **Sundestr. 15, pt.**

Familienfeierhalber bleibt mein Uhren-, Gold-
 und Silberwaren-Geschäft am

Freitag, den 4. Dezember
 den ganzen Tag geschlossen.

Willi Westfeling,
 Uhrmacher und Juwelier, **Holstenstr. 40.**

Zahle für Hausstandslumpen Pfd. 3 Pf.
 frei Haus und Postkarte. Eisen, Zeitungen,
 Metall und Felle kauft zu hoch Tagespreisen

Kleinfeld, Waisenhofstr. 25.

= Achtung! =
 Freitag nachmittag von 5 Uhr an:

Frische Berliner Blut- u. Leberwurst
 per Stück 10 Pf.
Wursttyppe gratis!

Carl Junge, Wahnstr. 14.

Von heute ab bis auf weiteres:

Prima Hammelfleisch
 (Jahrlingslamm) per Pfund nur 60 Pf.
 Keule und Hüften 70 Pf.

Johs. Ratze jun., Fleischhauerstraße 60.
 Fernruf 1481.

Krummesser, Bantekuh- u.
Wessell, von Doppelhimmel.
Aug. Maass, Seimstraße 12.

Getreue-Zahlen und Abzüge Mk. 2.70
Damen-Zahlen und Abzüge 1.80
Kinder-Zahlen und Abzüge v. Mk. 1.— an

J. VOSS, Rixstraße 20.

Erfinder

wenden sich am zweckmäßigsten an bedeutende
 Patentbüros, deren Ruf und Leistungs-
 fähigkeit bekannt und über deren Vertrauens-
 würdigkeit Auskunftsbüros gern Auskunft
 erteilen.

J. Bett & Co.,
 Bureau für Patentverwertung u. Erfindung.
Berlin SW. 48, Q.

Die Arbeiter-Garderoben
 aus der Spezial-Abteilung von

Gebrüder Barg

5 Kohlmarkt 5

sind als sehr gut und billig bekannt.
 Leberhosen, Cordhosen, Mauerhosen,
 Zimmern-Hosen, Zimmern-Weiten,
 Leder-Toppen, Cord-Toppen, blau
 Stoff-Toppen, leinen Jacken, Kragen
 usw. usw. Rabattmarken ober 4 Pfd.

Beerdigungsgeschäft C. Thiessen & Sohn

Wahnstraße 79. Fernruf 1143.
 Uebernahme sämtlicher Besorgungen. Ueberführungen nach und von auswärts.
 Eigene Transportwagen. auch Feuerbestattungen.

Monatlich nur **Mk. 2.—**
Professor L. Werners

Bibliothek für das praktische Leben.

Diese **Universal-Auskunfts-Nachschlage-
 und Handbücher** erfüllen den Zweck, jedem Staats-
 bürger in jedem Falle des praktischen Lebens **Rat
 und Beistand** zu leisten. Das Werk gibt in zu-
 verlässiger und erschöpfender Weise über alle nur
 denkbaren Fragen Auskunft, z. B. auf den Gebieten
**des deutschen Rechts-
 wesens, Erziehung und
 Berufswahl, Gesundheit
 und Krankheit, Ver-
 kehrs- und Versiche-
 rungswesen, Haus- und
 Zimmereigentum,**
**des schriftlich. Verkehrs
 im öffentlichen, ge-
 schäftlichen u. privaten
 Lebens, Redekunst und
 Rechtschreibung, Um-
 gangslehren, Bauwesen,
 Bank- u. Börsenwesen**
 und vielen anderen Gebieten.

Reich ausgestattet mit sehr vielen Abbildungen, farbigen Tafeln,
 Vorlagen und Mustern, sowie einem komplizierten Verkehrsatlas.
 8 hohelegante umfangreiche Prachtbände à Mk. 10.75.

Ausichtsendungen. • **Teilzahlungen.**

Ronnass & Hachfeld, Verlag, Potsdam.

Keine Sorgen mehr
 hat die Hausfrau, welche die ganz hervorragenden ersten
 Qualitätsmarken, **Margarine**

„Siegerin“
 und
„Mohra“

in ihrem Haushalt verwendet! Beide Marken haben nach
 jeder Richtung die nämlichen Eigenschaften und auch die
 ∴ gleiche Verwendbarkeit wie allerfeinste und teuerste ∴

Molkereibutter,
 ∴ ∴ ∴ sind jedoch um 30 bis 50 Prozent billiger. ∴ ∴ ∴

Alleinige Fabrikanten:
A. L. Mohr, Act.-Ges., Altona-Bahrenfeld.



Oh, wie lecker-
 sind alle mit
„HANSA“
Back- u. Puddingpulver
 bereiteten Kuchen und Puddings! Schutzmarke

Verlangt nur dieses — es ist ja auch das Beste!
Stahmer & Wilms, Hamburg Nähermittel-Fabrik
 „HANSA“

Vertreter: **Hans Wilms, 1. Wallstraße 15a. Tel. 2065.**

Der
Neue Welt-Kalender
 für das Jahr 1909

ist in bekannter reichhaltiger Ausstattung erschienen und zum Preise von
40 Pf. zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
 sowie deren Kolporteurs.
 Wiederverkäufer erhalten entsprechenden Rabatt.

Die Arbeiter-Garderoben
 aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Otto Albers 10.
 sind vortrefflich bekannt durch gute Ver-
 arbeitung und sehr billige Preise. u. a.:

Leberhosen	2,20—6,45
Mauerhosen	2,60—6,75
Schlosserhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen	1,08—2,85
Wirtsh.-Hosen	1,68—3,25

leinere Jacken, schräge und gerade, 1,28
 Kragen, Hemden, Schlachterjacken, Fellejacken,
 Maler-Mäntel erstaunlich billig.
 Mägen von 30 Pf. bis 1,88 Mk.
Note Lubecamarken.

Bräp. Kinderdärme
 Gerstgrütze, Hafergrütze, sowie sämtliche
 Gewürze für die Hauswirtschafterin empfiehlt
 in nur besten Qualitäten zu niedrigsten Preisen
 ein groß u. en detail
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Konsumverein
 für Lübeck und Umgegend,
 e. G. m. b. H.

**General-
 Versammlung**
 am Freitag, den 4. Dezbr.
 abends 8 1/2 Uhr
 im Vereinshaus, **Johannisstraße 50-52.**
 Tages-Ordnung:

1. Jahresrechnung und Genehmigung der Bilanz.
2. Entlastung des Vorstandes u. Beschlußfassung über die Gewinnverteilung.
3. Wahlen zum Aufsichtsrat nach § 18 des Statuts.
4. Berlesung des Berichts des Verbandsrevisors.
5. Genossenschaftliches.

Mitgliedsbücher oder Karten legitimieren.
 Der Aufsichtsrat.
Rob. Waldburger, Vorsitzender.

Achtung Bauarbeiter!
**Mitglieder-
 Versammlung**
 am Freitag, den 4. Dez.,
 abends 8 Uhr
 im Vereinshaus, **Johannisstraße 50-52.**
 Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht der Tarifkommission.
3. Innere Verbandsangelegenheit.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen eruchtet
 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Gemeinde- und
 Staatsarbeiter.**
**Mitglieder-
 Versammlung**
 am Freitag, den 4. Dez.,
 abends 8 1/2 Uhr
 im Vereinshaus, **Johannisstraße 50-52.**
 Tages-Ordnung:

1. Beitragserhöhung.
2. Ausbau der Unterstützung.
3. Verschiedenes.

Kollegen, da in dieser Versammlung wichtige
 Sachen zur Verhandlung gelangen, ist es
 Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
 Der Vorstand.

Hansa-Theater
 Nur bis 6. Dezember
Das neue Programm.
 Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Neues Stadt-Theater
 Kassen-Telephon
 Nr. 298.
 Freitag 7 1/2 Uhr. **Große Preise.**
 Voll-Abonn. 62. Freitag-Abonn. 10.
 Das Nachtlager in Granada Op. v. Kreutzer.
 Sonnabend 7 1/2 Uhr. **Große Preise.**
 Voll-Abonn. 63. Sonnabend-Abonn. 10.
Margarethe (Gautt). Oper von Gounod.

Verschüttete Grubenarbeiter.

Aus Emile Zolas „Germinal“.

Die am Tage der ersten Katastrophe im Schacht zurückgebliebenen Unglücklichen waren in ein Schreckensgeheul ausgebrochen. Das Wasser stand ihnen schon bis zum Leibe. Das Donnern der herabprallenden Wassermassen bestäubte sie, das Krachen der Balken ließ sie glauben, die Welt gehe unter. Zum Wahnsinn aber brachte sie das Wiehern der in Stalle verschütteten Pferde, ein gräßlicher, unvergesslicher Todessehnen.

Zwanzig Männer stemmten in langer Reihe mit hochgehaltenen Lampen vorwärts. Der Stollen liegt hier ein wenig an, und sie konnten 200 Meter weiter gelangen, ohne daß das Wasser ihnen höher ging. Ein alter Arbeiter begann lange vergebene Gebete zu murmeln und streckte dabei beide Daumen gebogen in die Luft, um die Geister der Grube zu beschwören.

Am ersten Kreuzungspunkt aber gab es schon eine Meinungsverschiedenheit. Der Pferdebesitzer wollte nach links abbiegen, die andern sagten, man könne den Weg abkürzen, wenn man rechts gehe. Darüber ging eine Minute verloren.

„Laßt ihr meinewegen Eure Knochen hier,“ rief Chaval wütend, „ich gehe diesen Weg.“

Er wandte sich zur Rechten, und zwei Kameraden folgten ihm. Die andern aber galoppierten hinter dem alten Moutou her, der auf dem Grunde des Requillart groß geworden war. Er aber zögerte jetzt selbst und wußte nicht mehr, wohin er sich zu wenden habe. Die Todesangst hatte sie alle verwirrt, sie kannten die Stollen nicht mehr. Bei jeder Kreuzung schwankten sie, und es gab einen kurzen Aufenthalt.

Sie waren etwa fünfzig Meter hinter dem andern zurückgeblieben, als der Stollen sich plötzlich vor ihnen schloß. Ein ungeheurer Block stürzte herab und trennte sie von den andern. Das Wasser untermischte bereits das Gestein, von allen Seiten hörte man das Getöse der Einstürze. Sie mußten auf dem Wege zurückkehren, auf dem sie gekommen waren, und sie wußten nicht mehr, in welcher Richtung sie gingen. Es war nun zu spät, sie mußten den Gedanken aufgeben, durch Requillart hinaufzukommen. Ihre einzige Hoffnung war, die höher gelegenen Stollen zu erreichen, wo man ihnen zu Hilfe kommen konnte, wenn das Wasser fiel.

Etienne erkannte endlich den Guillaumeschacht. „Gut,“ sagte er, „nun weiß ich, wo wir sind! Wir waren auf dem richtigen Wege, aber jetzt, Gott verdamm mich! ... wir müssen uns jedenfalls noch mehr nach rechts halten.“

Das Wasser ging ihnen bis an die Brust, sie kamen nur sehr langsam vorwärts. Da sie noch ihre Lampen hatten, verzweifelten sie nicht. Sie bliesen eine aus, um Del zu sparen. Als sie den Rollweg erreichten, veranlaßte sie ein Geräusch hinter ihnen, sich umzuwenden. Waren es etwa Kameraden, die keinen Ausweg gefunden hatten und nun wiederkamen! Doch sie schrien auf, als sie eine gewaltige weiße Masse aus dem Dunkel auf sich zukommen sahen. Sie war zu riesenhaft für den engen Stollen und kämpfte verzweifelt gegen das Holzwerk, das sich in ihre Seite bohrte.

Es war Bataille, der alte Gaul. Verzweifelt war er durch die dunkeln Stollen galoppiert. Den Weg in der unterirdischen Stadt, die er nun seit elf Jahren bewohnte, schien er zu kennen; seine Augen vermochten in dieser ewigen Nacht zu sehen. Er rannte unablässig vorwärts. Wohin? Sollte er vielleicht noch einmal an die Mühle kommen, ans Ufer der Scarpe, wo er seine Jugend verlebte, an die ihn manchmal noch eine Erinnerung mahnte, eine Erinnerung an die Sonne, die wie eine große Lampe in die Luft hing! Er wollte noch leben, sein Tiergedächtnis erwachte, und das Verlangen, noch einmal die Luft der Ebene da oben zu atmen, trieb ihn vorwärts. Er wollte das Loch finden, das ihm den Ausgang ins Licht gewährte. Das Wasser verfolgte ihn, schlug um seine Schenkel, bis eisig kalt in seine Haut. Und er lief weiter und weiter, ob auch die Stollen enger und niedriger wurden. Schon ritz er

sich die Seiten an dem Holzwerk auf, ließ Daussehen an den Wänden hängen. Die Grube schien sich um ihn zusammenzuschließen zu wollen, um ihn festzuhalten und zu ersticken.

Etienne und Catherine sahen jetzt, wie er zwischen dem Gestein stecken blieb. Er war an die Vorderbeine gefallen und hatte sie gebrochen. Mit einer letzten Anstrengung schleppte er sich noch ein paar Meter weit, aber seine Pfoten ließen sich nicht mehr durch den engen Gang pressen, er blieb eingeklemmt stecken. Sein blutiger Kopf streckte sich vor, seine großen, hervorquellenden Augen suchten noch nach einem Ausweg. Das Wasser bedeckte ihn bald, und er wagherte und röchelte lang und furchtbar, wie die andern Pferde im Stall im Todeskampf geröchelt und gewiechert hatten. Dann, als ihm das Wasser endlich über den Kopf gegliessen war, verstummte er und tiefes Schweigen herrschte endlich wieder.

„Ach, mein Gott, ich will nicht sterben, ich will nicht sterben!“ schluchzte Catherine, „bring mich fort, rette mich!“

Sie hatte den Tod gesehen. Der einstürzende Schacht, das stetig steigende Wasser in den Gruben, nichts hatte ihr solch ein Grauen erregt als der Todessehnen Batailles. Es klang ihr in den Ohren, sie schauderte vom Kopfe bis zu den Füßen!

„Bring mich fort! Rette mich!“

Etienne trug sie fort. Es war die höchste Zeit. Das Wasser ging ihnen bis an die Schultern, als sie den Rollweg emporschlüpfen. Er mußte ihr helfen, denn sie hatte nicht mehr die Kraft, sich an dem Holzwerk festzuhalten. Dreimal glaubte er, sie falle in das Wasser, das unter ihnen brandete, wieder zurück. Als sie den ersten wasserfreien Stollen erreicht hatten, konnten sie ein paar Minuten ausruhen. Doch drang das Wasser schnell bis zu ihnen vor, und sie mußten wieder weiter. Und so ging es hundertlang fort, vor dem Wasser her, von einem Stollen in einen höhern. Im sechsten Stollen glaubten sie, einen Augenblick sein weiteres Steigen des Wassers zu bemerken, und die Hoffnung ließ ihre Wangen siedernd erglühen. Doch bald schwoh es um so schneller an, sie eilten in den siebenten und von da in den achten. Jetzt blieb ihnen nur ein einziger übrig, und angsterfüllt beobachteten sie das geringste Steigen des Wassers. Wenn es nicht zu steigen aufhörte, mußten sie dennoch sterben, wie das alte Pferd?

Jeden Augenblick hörte man das Geräusch von Einstürzen. Am Ende der Stollen explodierte die zusammengedrückte Luft und riß Gesteinsmassen auseinander, es war das fürchterliche Getöse eines Erdbebens, ein Stück von jenem wahren Kampfe der Naturgewalten, als die Einstürze die Erde erbeben machte und Berge und Ebenen durcheinander rüttelte.

Und Catherine stammelte unaufhörlich mit gefalteten Händen: „Ich will nicht sterben... ich will nicht sterben.“ Um sie zu beruhigen, behauptete Etienne, das Wasser steige nicht mehr. Sie flohen nun auch schon seit sechs Stunden in der Grube umher, bald mußte ihnen Hilfe kommen. Er sagte sechs Stunden, ohne genau zu wissen, wieviel Zeit seit dem Beginn des Unglücks verstrichen war. In Wirklichkeit war ein ganzer Tag vergangen, seit sie in dem Guillaumeschacht immer höher stiegen.

Durchdringt und zähneklappernd richteten sie sich hier zum Bleiben ein. Catherine zog ihre Kleider aus, um sie auszuwingen, und zog dann Hölz und Faße wieder an, damit sie auf ihrem Körper trocken konnten. Da sie barfuß war, gab er ihr seine Holzschuhe. Sie wollte hier nun ruhig warten. Die Lampe hatten sie niedrig geschraubt, damit sie weniger Öl verzehre. Doch jetzt ihnen einen Krampf faßt den Magen, sie fühlten beide entsetzlichen Hunger in den Eingeweiden wühlen. Als die Katastrophe ausbrach, hatten sie noch nicht gegessen, und sie fanden nur ihre Brotstücke aufgeschwemmt und zu Brei verwandelt in ihren Taschen. Sie mußte erst böse werden, ehe sie ihn veranlassen konnte, sein Stück zu verzehren. Kaum hatte sie gegessen, so verfiel sie vor Ermattung in Schlaf. Er starrte mit brennenden, schlaflosen Augen vor sich hin.

Wieviel Stunden vergangen so? Er hatte es nicht zu sagen vermocht. Er wußte nur, daß durch das schwarze

Loch der Rollbahn die schwarze, ruhelose Blut wieder erschien, die Beile, deren Rücken höher und höher schwoll, um sie zu erreichen. Es war es ein feiner schwarzer Streif gewesen, eine Schlange, die glatt dahingleitete, dann kam es wie kriechendes, sich krümmendes Schlangensäckgrat heran. Nun leckte das Ungeheuer die Füße der schlafenden Mädchen. Er schreute sich, Catherine zu wecken. War es nicht grausam, sie aus der Bewußtlosigkeit aufzuschrecken, vielleicht aus einem Träume voll Sonnenschein? Und wohin auch sollten sie fliehen! Er sann nach, und es fiel ihm ein, daß der Rollweg in diesem Teile mit einem andern korrespondierte, der noch höher nach oben in den Schacht führte. Das war vielleicht ein Ausgang. Er ließ Catherine so lange wie eben möglich schlafen und wartete, bis die Blut so weit herangekommen, daß sie ihr unbedingt weichen mußten. Dann erst richtete er sie sanft auf, und sie schauderte erwachend zusammen.

„Mein Gott! Es fängt wieder von neuem an.“

Alle Schrecken der vergangenen Stunden fielen ihr ein, sie meinte laut und sah den Tod vor Augen.

„Mein, nein, beruhige Dich, es ist nicht so schlimm,“ beschwörte er sie. „Wir können hindurch.“

Um zu den Rollweg zu gelangen, mußten sie ganz gebückt gehen, bis an die Schultern im Wasser waten. Dann begann das Steigen von neuem, diesmal nur war es viel gefährlicher. Sie suchten das Teil an sich zu ziehen, um den Karren oben festzuhalten, denn wenn er plötzlich heruntergepölkert wäre, hätte er sie zerquetscht. Doch das Teil war nicht von der Stelle zu bewegen, ein Hindernis hielt es irgendwo fest. Sie veruchten nun, nach oben zu klettern, ohne sich an dem Teile festzuhalten, und rissen sich dabei die Nägel an dem glitschigen Holzwerk ab. Sie kletterte mit blutenden Händen voraus, er lägte sie von unten mit seinem Schädel. Pflötzlich aber stießen sie sich an Balken, die den Weg versperrten. Darüber tastete Etienne und machte den Durchgang ganz unmöglich. „Um Glück beband sich schließlich von der verirrten Stelle ein Ausgang, und sie konnten in einen anderen Stollen einbiegen.“

Nun begann ein neuer Kampf. Sie hatten die letzte Lampe angezündet, die das unaufhaltsame tödliche Steigen der Nacht beleuchtete. Erst ging ihnen das Wasser bis zu den Knöcheln, nun benetzte es schon ihre Knie. Der Stollen lag in der Richtung von der Rollbahn fort ein wenig und sie schüchelten so weit wie nur eben möglich nach hinten, wederte sie einen Aufschub von ein paar Stunden gewannen. Doch bald hatte der Feind sie wieder eingeholt, die Wellen gegen ihnen bis zum Gürtel. Sie standen mit dem Rücken gegen den felsigen gedrückt und sahen das Wasser steigen und steigen. Wenn es ihnen bis zum Munde ging, dann war es vorüber. Die letzte Lampe, die sie hoch aufgehängt hatten, brannte plötzlich kisterer, sie unterschieden bald nur noch einen bleichen Halbkreis, der immer schwächer wurde und von dem schwarzen Wasser aufgesaugt zu werden schien. Und plötzlich umgab sie schwarze Nacht, die absolute Nacht der Grube, die ewige Nacht, in der sie bald schlafen sollten, ohne jemals die Augen wieder zu öffnen.

„Gott verdamm mich!“ fluchte Etienne.

Catherine drückte sich an ihn an und flüsterte das Wort der Bergleute: „Der Tod bläst die Lampe aus!“

Und doch, gegen die Drohung kämpfte ihr Instinkt noch immer an, ein wahrer Lebenshungrer, eine Mut zu leben hielt sie aufrecht. Er begann mit dem Gehen der Lampe den Schiefer zu bearbeiten, während sie mit den Nägeln nachhalf. So brachte sie eine Art erhöhter Bank zustande, auf die sie sich hinaufschwangen. Dort saßen sie, mit gekrümmten Rücken und gesenktem Kopfe, denn die Wölbung des Stollens war nicht mehr hoch genug. Sie fühlten das Wasser jetzt erst an den Hosen, doch bald unpflichtigerte es schon wieder die Knöchel, die Waden, die Knie, esstieg tüchtig, unaufhaltbar. Die Bank, auf der sie saßen, wurde so feucht und glitschig, daß sie sich kaum festhalten konnten, um nicht hinabzugleiten. Das war das Ende. Wie konnten sie hier noch länger warten, in diesem kleinen, viel zu kleinen Loch, entkräftet, verhungert, das immer steigende Wasser unter sich, ohne Brot, ohne Licht! Nur schrecklichsten bitten sie unter

meiner langjährigen Praxis begegnet sind. Wenn der Gatte der Ermordeten, falls die Heirat tatsächlich stattgefunden hat, noch am Leben ist, dann, Herr Jury, dürfen wir nicht ruhen, bis wir ihn aufgefunden haben; denn, wer weiß, wie eng er mit dem rätselhaften Verbrechen verknüpft ist! Lassen Sie uns noch einmal die Tatsachen zusammenfassen, die sich zu einem so fürchterlichen Drama gestaltet haben, dessen Schluß wir, — so Gott will, — endlich bald absehen können!

Er legte einen Bogen Papier vor sich auf den Tisch und begann die einzelnen Szenen der langen, verzwickelten Geschichte wie ein Bild vor Jury aufzurollen: „Sehen Sie, Herr Jury, zwei Begebenheiten laufen scheinbar nebeneinander her, und Sie haben ganz recht mit Ihrer Behauptung, daß beide irgendwie mit festem Knoten verknüpft sind: der Mord an dem Kaufmann Bruns, der der Vergangenheit angehört, und der an der Schauspielerin Goladka. Wie müssen den Zusammenhang zu finden suchen! Für den ersten Mord können zwei Personen in Frage kommen: dieser eigentümliche Kauz, Friedrich Henzen, der Vater der schönen Meta; wie Sie sagten, hat der alte Bruns das Mädchen verführt; der Haß und das Verlangen nach Rache wären bei Henzen also wohl begründet. Zudem hat er in Bruns' Hause gewohnt. Wenn man nun von einem nächtlichen Spitzgeist faßt, der vom Hintergebäude nach dem Schlafgemach des alten Bruns gegangen sein soll, dann spricht das für Ihre Ansicht, daß eine geheime Verbindungstür irgendwo sich befinden muß. Und wenn auch zehnmal behauptet worden ist, daß Henzen am Tage vor der Mordtat mit seiner Tochter abgereist sein soll, so frage ich dennoch: ist die Abreise des Mannes klar nachgewiesen worden? Die inneren Gründe, der Drang nach Rache für die getraute Ehre seiner Tochter, sind für mich stärkere Beweise, als alles andere.“

Man könnte ja freilich auch den Sohn des Kaufmanns der Tat verdächtigen, wenn man innere Gründe gelten lassen wollte vor Gericht. Die Feindschaft zwischen Vater und Sohn ist von Richard Bruns selbst gegeben. Der Vater, — der offenbar ein sehr kosterer Vogel war, — hat es ja wohl mit der jetzt ermordeten Schauspielerin gehalten? Denn, wie Sie sagten, hat er ihr zum Gunsten seines Sohnes, sein Vermögen vermachten wollen? „Ja, — er hat es gewollt, — das ist es eben, — aber er ist ermordet worden, bevor das Testament zustande kam.“

Die weiße Nelke.

Kriminal-Roman von J. Kaulbach.

(31. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

„Es ging also eines Abends ins Theater, um sie zu sehen,“ berichtete die Alte, indem sie eine wuschelige Weichheit herbeistellte; „sie spielte die Ophelia; schön war sie, selten schön und rührend anzusehen. Es war ein Jammer, daß ich dieses Kind verkleinern mußte! In Tränen gebadet kam ich nach Haus. Dennoch aber hätte ich nichts über sie erfahren, wenn Sophie, meine alte Dienerin, nicht gewesen wäre. Sie hatte schon Marias Mutter gepflegt, und als damals der Bruch zwischen meinem Kinde und mir geschah, geriet die Alte in Verzweiflung, denn sie liebte meine Tochter schwärmerisch. Es wunderte mich deshalb auch gar nicht, daß sie eines Tages meine Entelin heimlich aufgesucht hatte, — vielleicht aus Neugier, was wohl von Personen ihres Standes am ehesten anzunehmen ist. In heller Aufregung kam sie nach Haus zurück, berichtete mir, wo sie gewesen war, und erzählte mir, daß sie eine heftige Unterredung zwischen meiner Entelin und einem Manne belauscht habe, der ihr Gatte sein mußte.“

„Wie war das möglich?“ fragte ich ungläubig.

„Sie fand die Zutritt der Wohnung Marias weit geöffnet; die erregten Stimmen, die aus irgend einem Zimmer laut an ihr Ohr drangen, veranlaßten sie, eine Weile im Flur stehen zu bleiben. Es kann Sie doch nicht verwundern, daß Sophie horchte, horchte mit angepannter Anstrengung, damit kein wichtiges Wort ihr entging. Und aus dem Gewirr dieses anscheinend heftigen Streitgesprächs hörte sie den schwerwiegenden Befehl, den der Mann ausrief: „Unsere Heirat muß noch geheim bleiben, hörst du?“ Es muß sein, — das ist mein letztes Wort. In demselben Augenblicke öffnete sich die Tür, und Maria trat heraus. Doch sobald sie Sophie bemerkte, winkte sie mit entsetztem Ausdruck dem Manne im Zimmer zu, daß er zurückbleiben möge. Sophie aber war tief gefränkt, daß Maria sie kurz und herrlich abfertigte, so daß ihr die Luft zu einem zweiten Besuche vergangen war.“

„Das war alles, was ich von der alten Wöschinger über die Schauspielerin erfahren konnte, aber es war auch eine Enthüllung von größter Bedeutung. Ich verabschiedete mich

von ihr und war froh, als ich draußen die frische Herbstluft wieder atmete; da oben war mir's allmählich immer enger und schwüler und Herz geworden.“

„Und nun werde ich Ihnen den schriftlichen Beweis zeigen für die Tatsache, daß die Schauspielerin Goladka in Wahrheit verheiratet gewesen ist. Ich habe hier gestern gleich mit dem Gericht noch einmal alle Papiere der Bestanden durchgesehen. Anfangs blieb alles ohne Erfolg. Endlich kam ich auf den Einfall, noch einmal ihre kleine Bibliothek zu durchblättern. Ich wußte, daß man bei der ersten Durchsicht ein paar, allerdings unwichtige, Papiere zwischen den Seiten der Bücher gefunden hatte. Wichtig! Aus einem Goethebände fiel mir ein Brief in die Hände, der alles bestätigte. Hier ist die Abschrift; der Brief mußte auf dem Gerichte bleiben.“

Er reichte dem Staatsanwalt ein Blatt Papier, und dieser las die folgenden Zeilen:

„Den 2. März 1892.“

„Als einen Beweis meiner Liebe zu Dir kannst Du es betrachten, daß ich entschlossen bin, mich auf Helgoland mit Dir trauen zu lassen; bestimme also — —
Hier war der Satz zu Ende.“

„Der Bettel war an dieser Stelle durchgerissen,“ ergänzte der Detektiv; „diese Worte enthielten mir jedoch schon genug.“

„Aber wir können unmöglich daraus ersehen, ob die Trauung wirklich vollzogen ist,“ meinte Seydel.

„Das nicht; doch damit wir darüber Gewißheit erlangen, habe ich nach Helgoland telegraphiert, ob die Schauspielerin Maria Normann-Goladka im März 1892 dort getraut worden, und wie der Name des betreffenden Gatten gewesen ist; bis jetzt ist die Antwort noch nicht eingetroffen, ich erwarte sie täglich. Solange wir kein Gebuß haben; ich muß gestehen, die Sache spannt mich aufs Höchste. Wenn wirklich diese Heirat stattgefunden hat, — dann stehen wir vor einem neuen Geheimnis — —“

„Wie meinen Sie das?“ fragte Seydel.

„Ich meine, dann könnte man sich wieder den Kopf zerbrechen, wo der Gatte geblieben ist, und weshalb diese Heirat so geheim gehalten wurde; dahinter muß doch irgend eine dunkle Geschichte stecken.“

„In der Tat“, sagte der Staatsanwalt nach einer Weile, „dies ist eine der verworrechtesten Geschichten, die mir in

meiner langjährigen Praxis begegnet sind. Wenn der Gatte der Ermordeten, falls die Heirat tatsächlich stattgefunden hat, noch am Leben ist, dann, Herr Jury, dürfen wir nicht ruhen, bis wir ihn aufgefunden haben; denn, wer weiß, wie eng er mit dem rätselhaften Verbrechen verknüpft ist! Lassen Sie uns noch einmal die Tatsachen zusammenfassen, die sich zu einem so fürchterlichen Drama gestaltet haben, dessen Schluß wir, — so Gott will, — endlich bald absehen können!“

Er legte einen Bogen Papier vor sich auf den Tisch und begann die einzelnen Szenen der langen, verzwickelten Geschichte wie ein Bild vor Jury aufzurollen: „Sehen Sie, Herr Jury, zwei Begebenheiten laufen scheinbar nebeneinander her, und Sie haben ganz recht mit Ihrer Behauptung, daß beide irgendwie mit festem Knoten verknüpft sind: der Mord an dem Kaufmann Bruns, der der Vergangenheit angehört, und der an der Schauspielerin Goladka. Wie müssen den Zusammenhang zu finden suchen! Für den ersten Mord können zwei Personen in Frage kommen: dieser eigentümliche Kauz, Friedrich Henzen, der Vater der schönen Meta; wie Sie sagten, hat der alte Bruns das Mädchen verführt; der Haß und das Verlangen nach Rache wären bei Henzen also wohl begründet. Zudem hat er in Bruns' Hause gewohnt. Wenn man nun von einem nächtlichen Spitzgeist faßt, der vom Hintergebäude nach dem Schlafgemach des alten Bruns gegangen sein soll, dann spricht das für Ihre Ansicht, daß eine geheime Verbindungstür irgendwo sich befinden muß. Und wenn auch zehnmal behauptet worden ist, daß Henzen am Tage vor der Mordtat mit seiner Tochter abgereist sein soll, so frage ich dennoch: ist die Abreise des Mannes klar nachgewiesen worden? Die inneren Gründe, der Drang nach Rache für die getraute Ehre seiner Tochter, sind für mich stärkere Beweise, als alles andere.“

Man könnte ja freilich auch den Sohn des Kaufmanns der Tat verdächtigen, wenn man innere Gründe gelten lassen wollte vor Gericht. Die Feindschaft zwischen Vater und Sohn ist von Richard Bruns selbst gegeben. Der Vater, — der offenbar ein sehr kosterer Vogel war, — hat es ja wohl mit der jetzt ermordeten Schauspielerin gehalten? Denn, wie Sie sagten, hat er ihr zum Gunsten seines Sohnes, sein Vermögen vermachten wollen? „Ja, — er hat es gewollt, — das ist es eben, — aber er ist ermordet worden, bevor das Testament zustande kam.“

der Finsternis, die sie hinderte, den Tod nahen zu sehen. Ein fürchtbares Schweigen herrschte ringsum, in der Grube regte sich nichts mehr.

Soziales und Parteileben.

Einheitliches Arbeiterrecht. Der Abgeordnete Dr. Vothhoff (Sp.) macht in der „Deutschen Juristenzeitung“ Vorschläge für die Schaffung eines einheitlichen Reichsarbeitersrechts. Er führt an, daß bei Teilerformen, auch wenn sie noch so nützlich zur Beseitigung spezieller Mißstände sind, mit der Zeit ein unübersichtliches Durcheinander in rechtlicher Beziehung entsteht, ein Wirrwirr, aus der sich die Arbeiter schließlich nicht mehr herausfinden. Bedingung für wirksame Fortschritte auf dem Gebiete des sozialen Rechtes sei daher die einheitliche Zusammenfassung des gesamten Arbeiterrechtes. Vothhoff schildert dann, wie er sich die Sache denkt: „Um ein möglichst einfaches, klares, gerechtes und vollständiges Recht zu haben, muß es allgemein gültig sein. Daher ist der Ausgangspunkt: a) Das bürgerliche Gesetzbuch. Der Titel des B. G. B. über den Dienstvertrag ist mit seinen 20 Paragraphen, die so ziemlich alle durch vertragmäßige Vereinbarungen außer Kraft gesetzt werden können, allgemein als unzureichende Grundlage für das wichtigste Rechtsgeschäft anerkannt. An seine Stelle sollte ein umfassendes Gesetz über den Dienstvertrag treten, das zunächst alle privatrechtlichen Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in sozialem Sinne soweit regelt, als eine Regelung neben den allgemeinen Rechtsgrundsätzen notwendig und gegenüber der Bewegungsfreiheit des Wirtschaftslebens möglich ist. Von den grundlegenden Bestimmungen wären zu nennen: 1. Begriffsbestimmung über den Arbeitsvertrag und seine Parteien. 2. Regelung der allgemeinen Pflichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. 3. Abgrenzung des Dienstvertrages gegenüber dem Werkvertrage des B. G. B. Vorzüge dagegen, daß eine formelle Umwandlung der Dienstverträge in Werkverträge den sozialen Willen des Gesetzgebers außer Kraft setzt. Diese Bestimmungen sollen nur in ihren Grundzügen zwingend sein, im übrigen aber der Vertragsfreiheit weiten Spielraum lassen. Daneben aber würden eine Reihe von zwingenden Bestimmungen notwendig sein, um dem Arbeiter gewisse Mindestbedingungen zu sichern. Dierher gehören: 4. Wichtigkeit aller Vertragsbestimmungen, die mit dem Arbeitsverhältnis in keiner Beziehung stehen, und eine unerwünschte Beeinträchtigung der Persönlichkeit des Arbeiters bedeuten. (Organisationsfreiheit, politische Wahlrecht usw.) 5. Entsch. des vereinbarten Lohnes, der wegen seines Mißverhältnisses zum Werte der Leistungen oder zur wirtschaftlichen Lage des Arbeitnehmers als Verstoß gegen die guten Sitten zu erachten ist, durch eine vom Richter festzusetzende, angemessene Vergütung. 6. Barzahlung des Arbeitslohnes, Verbot des Trecksystems, Verzinsung von Lohnrückständen. 7. Verbot der Zurückbehaltung des Arbeitsverdienstes oder der Aufrechnung gegen Forderungen. 8. Beschränkung der Einbehaltung von Arbeitsverdienst zu Kautionszwecken. 9. Sicherung des Arbeitsverdienstes gegen Pfändung. 10. Fortzahlung des Gehaltes bei unverschuldetem Verhindern an der Dienstleistung. Darüber hinaus fordert Vothhoff in weiteren 14 Punkten, als zwingendes Recht alle jene Sicherungen des Arbeiters, die heute schon in der Gewerbeordnung — wenn auch sehr unvollkommen — gegeben sind. Dahin gehören: Gleichheit der Kündigungsbedingungen, Wichtigkeit der Konkurrenzklause. Recht auf Dienstzeugnis, Recht auf Zeit zum Ansuchen einer neuen Stellung, Sicherung des Eigentumsrechtes an Erfindungen, Schaffung von Arbeiterauschüssen, Festsetzung der täglichen Maximalarbeitszeit, Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit, Regelung des Lehrlingswesens usw. Schließlich halten der gesetzlichen Regelung die Rechtsgebiete des Arbeitsvertrages und des Tarifvertrages. b) Privatbeamten-gesetz. Ein besonderes Kapitel über den Dienstvertrag der Privatbeamten soll das vorstehende Arbeiterrecht ergänzen. Der Dienstvertrag der Privatbeamten soll namentlich Sicherung des Arbeitsverhältnisses schaffen in bezug auf die Festsetzung einer Mindestkündigungsfrist von 1 Monat oder von 6 Wochen zum Quartalschluß, Beschränkung der Kündigungsbefugnis während einer Krankheit oder militärischen Dienstleistung, Langfristigkeit des Vertrages; Recht auf jährlichen Erholungsurlaub unter Fortzahlung des Gehaltes. Ein einheitliches Privatbeamtenrecht, das auch Reichs- und Landesbeamten die Bestimmungen der Vergesetze, Gesandten- und Konsulatsbestimmungen usw. aufheben müßte, ist nach Ansicht des Verfassers ohne große Schwierigkeiten möglich.“

Mitlächer Terrorismus. Wie der Geschäftsbericht des Konsumvereines in Saalfeld (Sachsen-Weimingen) kon-

statiert, mußten auf Veranlassung der dortigen Bahuverwaltung sämtliche Eisenbahner aus dem Konsumverein austreten. Die Eisenbahner sind also nicht nur wirtschaftlich vom Bahnstatut abhängig, sondern man macht ihnen auch noch Vorschriften, wo sie ihre sauer verdienten Groschen hintragen müssen.

Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Der Verband Süddeutscher Metallindustrieller drohte, wie die „Wälzische Presse“ meldet, allen Arbeitern in den Industriebezirken Mannheim, Ludwigschafen und Frankenthal mit der Aussperrung vom 15. Dezember an, falls bis dahin der Streik in den Strebelwerken zu Mannheim nicht beigelegt wäre.

Dreizeh Geheßverletzungen durch Unternehmer. In Mannheim, wo die Arbeiter des Strebelwerks seit Wochen streiken, um eine empfindliche Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses abzuwehren, versendet der Arbeitsschlichter der Industriellen folgendes Schreiben:

M a n n h e i m, 25. November 1908.

An die Herren Vereinsmitglieder!
Wir haben in Erfahrung gebracht, daß jedesmal bei Ausbruch eines Streiks die Frauen und Töchter der Streikenden, welche bisher die Hausarbeit besorgten, aber sonst ohne Beschäftigung waren, als Fabrikarbeiterinnen Beschäftigung suchen, um so auf diese Weise ihre Männer beim Streik zu unterstützen. Es dürfte sich daher empfehlen, die Arbeiterinnen bei der Einstellung nach dem Vor- und Zunamen des Vaters zu fragen und diese in die letzte Rubrik unseres Formulars B, welches wir in der Anlage beifügen, einzutragen.

Die Herren Vereinsmitglieder werden weiter dringend gebeten, die mit der Einstellung von Arbeiterinnen beauftragten Beamten darauf hinzuweisen, daß jede Einstellung einer Arbeiterin mittels des Formulars B dem Arbeitsschlichter mitzuteilen ist.

Hochachtungsvoll
Arbeitsnachweis der Industrie Mannheim-Ludwigschafen.
Dr. M o e b i u s.

Weil also die Streikenden ruhig aushalten und festhalten wie ein Mann, sollen die unglücklichen Frauen und Töchter dem Hunger preisgegeben werden. Um solche schiefen Kampfmittel anzuwenden zu können, verübt man mit größter Seelenruhe Ungehörlichkeiten. Die Frauen sind in der glücklichen Lage, die Auslieferung an den Staat zu vermeiden und gehen zu können. Die Unternehmer könnten lange auf Arbeiterinnen warten, wenn sie der Arbeitsschlichter zuweisen müßte. Um nun aber doch die systematische Verfolgung der Arbeiterinnen durchzuführen zu können, bedient sich Dr. Moebius der Führung einer Liste, des Formulars B. Diese Handlung ist, wie die „Mannheimer Volksstimme“ bemerkt, schon ein offenkundiger Verstoß gegen die staatlichen Bestimmungen für Arbeitsnachweise. Es ist insbesondere auch ein Gesetzesverstoß, wenn die Liste zu Zwecken der Nachforschung mißliebig gewordener Arbeiterinnen und außer Lohn und Brot zu bringen. Der deutsche Kaiser jagte einmal: „ZuchtHaus denjenigen, die andere an der Arbeit hindern.“ Dieser Grundsatz muß doppelt Geltung haben für Leute, welche die Brotlosmachung von Arbeiterinnen erwirkt, die nicht einmal selbst mit dem Arbeitgeber in Konflikt geraten sind, die hüben sollen für die Taten ihrer Väter oder Ehegatten. Bis zum Jahre 1806 hatte die deutsche Justiz allerdings Kinder, Ehegatten oder Geschwister für Verbrechen und Vergehen des Vaters oder letzteren für die seiner Familienangehörigen haftbar gemacht, d. h. wenn der Schuldige durch die Taten ging, also nicht mehr zu ergreifen war. Im Jahre 1806 aber wurde dieses „Staatsrecht“ von Napoleon für immer in die Wollschlucht geschleudert. Seitdem steht jeder Bürger nur noch für sich und niemand kann Strafe aussprechen, bis ins dritte Glied. Der Arbeitsschlichter verfolgt Leute, die sich nicht im geringsten gegen die bürgerliche Ordnung verstoßen haben und auch nicht für die Handlungen ihrer Väter verantwortlich gemacht werden können. Wer aber darf unter Menschen, deren Rechte sich gleich sind, seine Nebenmenschen

für unwert erklären und sie in den Abgrund stürzen? Unser Mannheimer Parteiorgan erwartet, daß der Staatsanwalt gegen den Arbeitsschlichter einschreite. Warten wir ab, ob er sich rühren wird.

Die Noblesse der Aktionäre von Rabbob. Der Führer der christlichen Bergarbeiter, Giffert, Mitglied der Steuereinkommenskommission, hat in einer Versammlung in Hannover über die zunehmende Unzufriedenheit der Ruhrbergleute gesprochen. Bei dieser Gelegenheit betonte er, daß die Zechen Rabbob zwar 60 000 Mk. für die Hinterbliebenen gespendet hat, aber bei der Zahlung des letzten Lohnes an die Hinterbliebenen der noch in der Tiefe ruhenden Bergleute die Strafgebühren im Betrage von etwa 400 Mk. abgezogen hat. Das habe eine ungeheure Erregung unter der Arbeiterschaft hervorgerufen.

Wieder ein zerstörter Reichsverbandsschwindel. Die in Dienste des Reichsverbandes stehenden „Hannoverschen Tagesnachrichten“, deren gewöhnlicher Redakteur Gupfer so feinfühlig war, daß er zum Rabi lief, als im „Damberger Echo“ das Gebahren der Reichsverbandspresse gekennzeichnet worden war, erzählten unter anderem schon gerichtlich abgeurteilten Schwindel im November 1907 auch eine frei aus den Fingern geflogene Terrorismsgeschichte, nach welcher der „nationale“ Arbeiter Karl Bepel in der vorm. Gesteirischen Maschinenfabrik in Hannover innerhalb fünf Tagen zweimal in Lebensgefahr verkehrt worden sei, selbstverständlich durch die Abstreifer der freierorganisierten Arbeiter, weil Bepel nicht organisiert gewesen sei. Nunmehr ist auch dieser Reichsverbandsschwindel vor Gericht zerlegt worden. Die so arg beschuldigten Arbeiter klagten, und in der Schöffengerichtssitzung schwieg sich der „nationale“ Reichsverbandsschwindler Bepel gründlich aus, als er gefragt wurde, ob es wahr sei, daß er schon etwa zwanzigmal mit Gefängnis bestraft worden sei, darunter wegen Brandstiftung mit drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Es sind zum Teil „braue Arbeiter“, die Reichsverbandsschwindler sind, auch bei diesem Schwindel zur Verleumdung der Sozialdemokratie gründlich heringefallen, wie aus der folgenden Annonce hervorgeht, die wir in unserem hannoverschen Bruderblatt finden: „Der Angeklagte Gupfer erklärt, daß er nach den Verhandlungen die Überzeugung gewonnen habe, daß die Privatkläger vorzüglich oder grob fahrlässig eine Verletzung ihres Mitarbeiters Karl Bepel herbeigeführt haben, nicht aufrecht erhalten können, und daß er deshalb seine an den fraglichen Unfall geknüpften Ausführungen in der Nr. 275 der „Hannoverschen Tagesnachrichten“ vom 25. November 1907 bedauerlich und zurücknehmend. Der Angeklagte Gupfer trägt die gesamten Kosten des Verfahrens und zahlt eine Buße von 20 Mk. zu Händen des Justizrats Lenzberg zu einem milden Zweck. Die Privatkläger können diesen Vergleich einmal innerhalb vier Wochen im „Volkswillen“ veröffentlichen. Die nach diesem Vergleich vom Angeklagten zu leistenden Zahlungen haben zu Händen des Justizrats Lenzberg zu erfolgen. Die Privatklage wird zurückgenommen. Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben. Das Amtsgericht.“

Not und Elend unter den Arbeitslosen haben in Halle jetzt einen ziemlich hohen Grad erreicht. In einer am Freitag stattgehabten Arbeitslosenversammlung, an der 800—900 Personen teilnahmen, kam nach einem Referat des Genossen Thiele der ganze Zorn der Unglücklichen, die nach Arbeit und Brot schrien, zum Ausdruck. Man schlug vor, in Massen vor das Rathaus zu gehen und der Stadtverwaltung, wenn sie nicht für ausreichende Beschäftigung Sorge, die Kinder der Arbeitslosen zu übergeben. Die Versammlung endete mit Annahme einer Protestresolution. Am 10. Januar soll eine Arbeitslosenzählung stattfinden, zu deren Lasten der Magistrat 300 Mk. beitragen will. Insgesamt sind hier weit über 2000 Männer beschäftigungslos. Besonders schwer zu leiden haben die Metallarbeiter, deren hiesige Verbandsfiliale in den neun Monaten Januar bis Oktober d. J. schon 13 256 Mk. Unterstützung an arbeitslose Mitglieder gezahlt hat. Im ganzen Jahre 1907 wurden nur 3055 Mk. gezahlt. Trotz der Krise ist aber die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder von 12 019 auf 12 406 gestiegen.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.
Berlin, den 2. Dezbr. 1908.
174. Sitzung, Nachmittag 1 Uhr.
Am Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg, Dr. Nieberding, Dernburg.

„Es bleibt trotzdem ein starker Beweis dafür, daß der Sohn die Tat begangen haben kann“, rief Seydel aus. Hören Sie, Herr Fluth, mir sagt eine unsagbar bange Ahnung — bange und schwer, um meiner Tochter willen: wenn Richard Bruns der heimliche Gatte der Schauspielerin gewesen wäre?“

„Ich habe vorübergehend die gleiche Vermutung gehabt“, entgegnete Fluth, „aber auch nur ganz vorübergehend. Ihre Sorge um das Schicksal Ihrer Tochter läßt Sie begrifflicherweise weniger scharf kombinieren, als sonst. Richard Bruns war, — das ist tatsächlich erwiesen, — am dem Abend, als sein Vater ermordet wurde, nicht in Leipzig; er kehrt erst, als ihm die Nachricht in Düsseldorf zu Ohren kam, von dort in sein väterliches Haus zurück, und selbst wenn man annehmen wollte, daß er auf irgend eine unbestimmte Weise sich schon früher in seines Vaters Haus eingeschlichen hätte, um dort den Mord zu begehen, so ist dies doch nicht wahrscheinlich.“

„Wahrscheinlich wäre es“, unterbrach ihn Seydel, „wenn Bruns wirklich der heimliche Gatte der Schauspielerin gewesen wäre; denn in dieser Halle hätte er ein Interesse an dem Gelde gehabt, das, seiner Meinung nach, sein Vater testamentarisch Maria Normann vermachte hatte. Wir können das alles erst feststellen, wenn Sie bestimmte Nachrichten über die Heirat und den Namen aus Helgoland erhalten haben.“

„Was nun den zweiten Mord, den an der jungen Schauspielerin, betrifft“, fuhr Seydel fort, „so kann der Täter meiner Meinung nach nur derselbe Mensch sein, der meine Tochter verurteilt hat; er hat sie zweifellos töten wollen: O, Herr Fluth, wenn ich denke, vor wem ein fürchterlicher Mörder ich bewahrt werden bin, dann kennt meine Dankbarkeit keine Grenzen!“

„Ich las gestern die Akten wieder durch über die Verurteilung gegen Richard Bruns. Sie können sich denken, daß ich jetzt, nachdem alle Ereignisse in eine völlig andere Beleuchtung gerückt sind, unabsichtlich forsche und grübele, um der Wahrheit endlich auf den Grund zu kommen; in diesen Akten erscheint ja neuerdings der Name eines gewissen Markwort, der den Schwand der Schauspielerin sah. Dieser Markwort hat, wie Sie wissen, angegeben, daß er vom Gatten aus dem Mord mit angesehen habe, und daß der Mörder ein vollbärtiger Mann mit einer weißen Blume im Knopfloch gewesen sei. Die weiße Blume ist gefunden worden, die Spur dieses Mannes noch nicht auffindbar, aber ich, das auch

meine Tochter über den Mann, der sie überfallen hat, als einziges Kennzeichen auszusagen mußte, daß er einen Bockbart getragen hat. Wenn nun vielleicht dieser Unbekannte mit der Kette der Gatte der Schauspielerin gewesen wäre? Ihr Gatte und ihr Mörder, — ich zweifle kaum mehr daran.“

„Hier ist die Spur, die wir verfolgen müssen“, jagte Fluth, indem er sich erhob. „Sobald ich Nachricht über das wichtigste aus Helgoland erhalten habe, komme ich unverzüglich zu Ihnen, Herr Staatsanwalt.“

„Wäge sich endlich dieses Dunkel lichten“, jagte Seydel sehr bewegt, dem jungen Manne die Hand drückend.

„Tag wird es auf die dicke Nacht“, zitierte Fluth gut gelaunt, mir haben schon viel gewonnen. Herr Staatsanwalt. Ich wünsche gute Befehrer für Ihr Fräulein Tochter. Welch einen Mut und welche eine Unerschrockenheit hat sie bewiesen! Sie können es glauben, Herr Staatsanwalt, ich heuge mich nicht leicht vor dem schwächeren Geschlecht; aber Ihr Fräulein Tochter, die nicht nur von Liebe schwärmt, sondern aus Liebe auch handelt, — die flößt mir Bewunderung ein; leben Sie wohl, Herr Staatsanwalt.“

Und schnell war er zur Tür hinaus. Dem Staatsanwalt glänzte eine Träne im Auge.

Achtzehntes Kapitel.

Die stürmischen Herbsttage mit ihrem düsternen Himmel, mit ihrer traurigen Dunkelheit und dem klagenden Gestöhn des Windes waren vorüber; ein milder Sonnenglanz lag über der Welt; freilich eine melancholische Stille war in der Natur, eine Dase ohne freudiges Leben, ohne jenes wonnige, zitternde Sehnen nach irgend einem kommenden Glück. Elisabeth Seydel empfand diese hoffnungsarme Ruhe in ihrem lauten Kranken Zimmer, wo ein Tag genau wie der andere dahinging und nichts, gar nichts das einseitige Einerlei unterbrach. Bis vor kurzem war ihr alles gleichgültig gewesen, weil die große Müdigkeit ihr inneres Leben gleichsam eingeschlafert hatte. Nun aber kehrten allmählich ihre Kräfte zurück; die Schalterwunde heilte täglich mehr. Und jetzt begannen die alten, sehnsuchtvollen Gefühle in ihrer Brust sich wieder zu regen. Der Arzt hatte ihr bisher jede Ausregung verboten, sowie jede Unterhaltung; nur die erste notwendige Vernehmung war mit ihr vorgenommen worden, sobald sie kräftig genug dafür gewesen war. In diesem Morgen

aber war sie mit einer so unerklärlichen, schweren, Behmut im Herzen erwacht, daß sie das Verlangen, sich ihrem Vater gegenüber auszusprechen, kaum mehr beherrschen konnte.

Als Seydel bei ihr eintrat, richtete sie sich ein wenig empor und streckte ihm sehnstichtig die Hand entgegen.

„Wie gut, daß du endlich kommst, Papa“, rief sie ihm entgegen.

Er lächelte sie und setzte sich dann neben ihr Bett. Die Diakonistin war nicht anwesend in diesem Augenblicke.

„Du fühlst Dich frischer, mein Kind?“

„Ich bin ganz wohl jetzt, — körperlich“, erwiderte Elisabeth mit traurigen Lächeln; „ich möchte aufstehen, Vater, — ich kann diese gezwungene Ruhe nicht mehr ertragen.“

Der Staatsanwalt sah sie forschend an; war es heilsam, noch immer über das Geschehene zu schweigen? Ließ leicht beruhigte es sie, wenn er ihr jetzt die veränderte Sachlage mitteilte?

„Zürnst du mir auch nicht mehr, Papa?“ fragte Elisabeth ängstlich.

„Zürnen? Dir? Nein, mein Kind.“

„Ich weiß, es war unrecht von mir, ohne dein Wissen diesen ungeliebten Gang zu unternehmen, aber, — du ahnst nicht, Vater, wie gewaltig die Angst um den Geliebten mich dazu getrieben hat. Kein Weg führte mich zu meinem Ziel, das ich mir so fest gefestigt hatte; das Verunsichern, Richard noch immer in Haft zu wissen, ohne Aussicht auf seine Befreiung, ließ mich jedes Mittel ergreifen, — ich habe nun vergebens alles getan, was in meiner Macht stand; wenn Herr Fluth nicht hilft.“

„Er wird helfen“, unterbrach sie der Staatsanwalt mit so zuversichtlichem Ton, daß seine Tochter, aufs höchste erfreut über eine solche Antwort von ihrem Vater, ihn fast bestürzt anblickte.

„Er wird helfen“, wiederholte sie mit stammelnden Lippen, wie soll ich das verstehen?“

Da erzählte Seydel ihr schonend und vorsichtig die Wendung, die jetzt die Dinge genommen hatten, und erklärte ihr die einzelnen Umstände.

Er hatte sie nicht angesehen, während er sprach; sondern, seiner Gemohnheit nach, ein unbestimmtes Ziel ins Auge gefaßt. Jetzt, nachdem er geendet hatte, wandte er den Blick zu ihr. (Fortsetzung folgt.)

Auf der Tagesordnung stehen die Initiativanträge der Freisinnigen, der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Polen auf Abänderung der Verfassung und der Geschäftsbildung. Der Antrag der Sozialdemokraten über die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers enthält 9 Artikel. Artikel 17a der Verfassung soll lauten: „Der Reichskanzler ist für seine Amtsführung dem Reichstage verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit erstreckt sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers. Der Reichskanzler ist zu entlassen, wenn der Reichstag es fordert.“ Ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten will die Kriegserklärung von der Zustimmung nicht nur des Bundesrates, sondern auch des Reichstages abhängig machen. Eine Abänderung der Geschäftsordnung verlangt die Sozialdemokraten dahin, daß über eine jede Erklärung eines Bundesratsvertreters sofort die Diskussion zu eröffnen ist, sowie daß bei der Besprechung von Interpellationen die Stellung von Anträgen zulässig ist.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg kennzeichnet den Standpunkt der Regierungen. Die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers ist in unserer Verfassung als politisches Prinzip hingestellt. Den Bestimmungen über die Rechtsnormen, in denen diese Verantwortlichkeit geltend zu machen ist, hat man bisher nur geringen Wert beigelegt. Der Bundesrat hatte daher noch keine Veranlassung, in diesen Fragen zu beraten oder zu beschließen. Es ist deshalb begreiflich, daß die Regierungen zu diesen Fragen nicht Stellung nehmen können, bevor feste Beschlüsse des Reichstages vorliegen. Aber auch aus solcher nicht unmittelbaren Beteiligung wollen Sie erkennen, welchen Wert die Regierungen darauf legen, die Ansichten und Einstellungen dieses hohen Hauses als Unterlage eigener Entscheidungen aufzufassen. (Bravo! b. d. Mehrheit.)

Dr. Müller-Meinungen (F.) beantragt die Ueberweisung der Anträge an eine verstärkte Geschäftsordnungs-Kommission. Unsere Geschäftsordnung ist durchaus nicht klar und deutlich. Es muß möglich werden, Anträge im Anschluß an Interpellationen zu fassen. Die Schaffung verantwortlicher Reichsminister ist eine alte liberale Forderung. Wir hoffen, die maßgebenden Faktoren sind bereit, den verfassungsmäßigen Weg zu gehen, den unsere Anträge andeuten. Aus den Erklärungen des Staatssekretärs schöpfe ich das Vertrauen, daß der Reichstag die niedergelegten verfassungsmäßigen Grundtatsachen das vom Kaiser zugesagte Fundament verliessen wird. (Bravo b. d. Freis.) Der Antrag der Sozialdemokraten ist uns unannehmbar, weil selbst haben beantragt, anstatt der moralischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers die staatsrechtliche juristische einzuführen. Die moralische Verantwortlichkeit hat keine politische Bedeutung, wenn der Reichskanzler nur über starke Nerven verfügt und das Spießrutenlaufen aushält. Es ist jetzt an der Zeit, die von bedeutenden Parlamentariern längst verlangte konstitutionelle Form zu verwirklichen. Bismarck selbst beklagte nach seiner Entlassung, die Krone auf Kosten der Volksvertretung zu stark gemacht zu haben. „Der König kann keinen Unsum tun“ ist ein Axiom, das gegen den gesunden Menschenverstand verstößt. Der wahre Sinn davon ist, daß der Souverän aus der Tagespolitik herausgenommen wird, übrigens ist der deutsche Kaiser nicht der Souverän Deutschlands, sondern Träger der Präsidialgewalt im deutschen Bunde. (Auf der Reden werden andauernd laute Privatgespräche geführt.) Redner belehrt die Regierung im Umhergehen. (Die Unruhe auf der Reden und am Bundesratsische nimmt zu.) Es ist eine auffallende Erscheinung, daß die Herren vom Bundesrat die Verhandlungen durch laute Gespräche stören. (Lebh. Bravo! links.)

Präsident Graf Stolberg: Bitte, überlassen Sie es mir, Herr Abgeordneter, für Ruhe zu sorgen.

Dr. Müller-Meinungen fährt unter anhaltender Unruhe fort.

Präsident Graf Stolberg bittet um Ruhe.

Dr. Müller-Meinungen (fortfahrend): Wir haben unsern Antrag eng an das Muster der badischen Verfassung angelehnt, bisher haben wir statt verantwortliche Reichsminister nur Sprechminister. Wir wollen nicht etwa zu dem gegenständlichen Aufbau des preussischen Staatsministeriums übergehen, verlangen vielmehr, daß der Reichskanzler für die notwendige Einheitlichkeit und Geschlossenheit die Verantwortung trägt. Stärken wir die Rechte des Parlaments, so werden wir auch große Parteien bekommen und Minister, die mit dem parlamentarischen Boden vertraut sind und nicht in manche Situationen hineinwinken, wie gewisse Tiere. (Heiterkeit.) Unsere Verfassung darf nicht versteinern, sondern muß sich stetig mit den Anschauungen der Zeit fortentwickeln. Das deutsche Volk ist für diese Fortentwicklung reif. (Lebh. Bravo b. d. Freis.)

Dr. Spahn (F.): Die Frage ist: was versteht der Kaiser unter diesen Verantwortlichkeiten, von deren Wahrung er gesprochen hat? Nach der Verfassung ist er selbst ja verantwortlich. Wir sind alle davon überzeugt, der Kaiser strebt danach, dem Lande nützlich zu sein. Andererseits ist seine Stellung keine schrankenlose, und dafür, daß er die Schranken innehält, ist der Reichskanzler verantwortlich. Lange ist es klar, daß diese Verantwortlichkeit gesetzlich festgelegt werden muß. Bismarck sagte, der Einfluß des Reichskanzlers wird gestärkt, wenn seine Verantwortlichkeit stärker wird. Die jetzt in Artikel 17 konstruierte Verantwortlichkeit bedarf zu ihrer Ausführung noch eines besonderen Gesetzes; sie muß sich auch auf nicht gegengezeichnete Handlungen, die ihrer Natur nach nicht gegengezeichnet werden brauchen, aus deren Inhalt aber die Verantwortlichkeit sich ergibt, erstrecken. Die Fassung des freisinnigen Antrages ist nicht glücklich. Dem Antrage der Polen stimmen wir nicht zu, denn wir verlangen keine Verfassungsänderung über die Ministerverantwortlichkeit hinaus. Freiherr v. Stein nannte eine Verfassung, welche den Ständen das bloße Recht zu Eingaben gibt, ein geistloses Nachwerk. Das soll sich auch Fürst Bülow gesagt sein lassen und an die Schaffung eines die Ministerverantwortlichkeit enthaltenden Gesetzes herangehen. (Lebh. Bravo! i. Zentr.)

Ledebour (S.): Ich will zunächst, aber nicht in so bedingter Form, wie die Herren Vorredner, meinem Befremden Ausdruck geben, daß wir über das, was in Potsdam zwischen dem Fürsten Bülow und seinem Monarchen verhandelt wurde, so dürftig unterrichtet sind. Man hielt die so lüstern stilisierte Veröffentlichung in der „Nordd. Allg. Ztg.“ zunächst für eine Verlegenheitsäußerung eines demnachst ausstehenden Pressebeamten des auswärtigen Amtes (Heiterkeit) und erwartete Aufklärung durch den Reichskanzler hier in Reichstage. Wir nahmen damals von einer sofortigen Interpellation Abstand, weil unsere unglückliche Geschäftsordnung uns nicht einmal in so wichtiger Situation das Recht gibt, von der Regierung eine Auskunft zu erzwingen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Diese Situation gibt ein neues Argument ab dafür, daß die Geschäftsordnung des Hauses unbedingt derart geändert werden muß, daß die verantwortlichen Vertreter (Sehr gut! b. d. Soz.) der Regierung hier wirklich zur Verantwortung gezogen werden können. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auch bei Gelegenheit der Beratungen über die Finanzreform hat der Herr Reichskanzler über diesen Punkt geschwiegen und uns nur über alle möglichen Fragen der Volkswirtschaft unterhalten, über die er sich — jedenfalls einige Stunden vorher von einem Geheimrat hat informieren lassen. (Lachen

rechts.) Heute steht nun Herr v. Bethmann-Hollweg auf, der Reichskanzler ist nicht hier, obwohl es sich um Anträge einer Partei handelt, die er bisher zu seiner Unterstützung brauchte. Er überläßt es Herrn von Bethmann-Hollweg — Herrn v. Bethmann-Hollweg (Stürm. Heiterkeit) — der zu diesem zweifellos diplomatischen Geschäft immerhin noch für brauchbar gehalten wird, hier mit absolut nichtstagenen Reden zu kommen. Herr Dr. Müller-Meinungen, der noch optimistischer ist als Herr Dr. Spahn, hat aus der Erklärung des Kaisers Hoffnung geschöpft. (Lachen b. d. Soz.) Ja, meine Herren (zu den Freisinnigen), wenn Sie es noch nicht aufgegeben haben, zu hoffen und zu harren, dann sind Sie wirklich — (Heiterkeit). Die Erklärung des Reichskanzlers besagt nur, daß es bei den jetzigen Zuständen bleiben soll, allenfalls unter Wegfall verschiedener Leistungen (Große Heiterkeit) gewisser oratorischer Zutaten. (Erneute Heiterkeit b. d. Soz., Unruhe rechts.) Für die Besserung der Zustände ist damit ablut nichts gesagt, aber die Pflicht des Reichstages ist es jetzt, den Wünschen des Volkes endlich Rechnung zu tragen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die konservative Presse, diese hervorragenden Organe der öffentlichen Meinung (stürmische Heiterkeit bei den Soz.) hat den Wunsch geäußert, den sozialdemokratischen Abgeordneten solle nach dem ersten Ordnungsruf das Wort entzogen werden. (Lachen rechts.) Sie haben sich umsonst aufgeregt. Nach den vielen vorhergegangenen Äußerungen über Reden, Meinungen und Laten Wilhelmus II. brauche ich das bis auf das letzte Köhnen ausgesprochene leere Stroh nicht noch einmal zu dreschen. (Stürmische Heiterkeit.) Diese Reden haben wenigstens den Erfolg, daß diese Äußerungen des Kaisers, von welchen Fürst Bismarck sagte: nescio quid nisi magis farsimentum sit (ich weiß nicht, was mir mehr Wurscht ist) (Große Heiterkeit), zum Gemeingut des deutschen Volkes und des Auslandes werden. Die Redner der bürgerlichen Parteien sind mit unseren Zuständen nicht allzusehr ins Gesicht gegangen. Der Kern ihrer Ausführungen ist, daß beide sich gegen die Durchführung des konsequenten demokratischen Parlamentarismus verwahren. (Sehr richtig! b. d. Soz., Sehr gut! rechts.) Dieses „Sehr gut“ beweist, daß Herr Spahn und Herr Müller-Meinungen in diesem Punkte sich sehr gut sind. (Heiterkeit.) Das zeigt aber auch, daß die Herren den Ernst der Situation absolut nicht erfassen. Das Volk, das sich rühmt, das Volk der Denker und Dichter zu sein, steht in der Frage der Mündigkeit hinter anderen Kulturvölkern weit zurück. (Sehr wahr! b. d. Sozialdemokraten.) Die Aufrollung dieser Frage ist dem Umstande zu danken, daß wir den Zusammenbruch des bürokratischen Regierungssystems erleben, den die besten Patrioten seit langer Zeit erwartet haben. (Große Unruhe rechts.) Mit den besten deutschen Patrioten meine ich doch nicht Sie, ich habe dabei einen Mann im Auge, den Ihre geistigen Vorfahren genau so gehäht haben, wie Sie heute uns hassen, den Freiherrn v. Stein, der sagte nach dem Zusammenbruch des Junkerregiments (Rufe rechts), er ersehe ein Jena auch für die preussische Bureaucratie. Eine Maschine nannte er sie (Zuruf rechts: VIELLEICHT AUCH FÜR DIE REDEMASCHINERIE). Wie eine Redemaschine zusammengebrochen ist, Herr Wendt, das ist ja hier vor 8 bis 14 Tagen beleuchtet worden. (Sehr gut! Gr. Hst.) Jetzt aber sprechen wir von der Schreibmaschine, wie Freiherr v. Stein die junkerliche Bureaucratie nannte. Daß es sich auch heute noch tatsächlich um das System und nicht um eine rednerische Entgeißelung eines einzelnen handelt, geht daraus hervor: Wenn Sie alle Reden des Kaisers streichen, würde doch das vollständige Glasco unserer In- und Auslandspolitik in jeder einzelnen Phase genau so zutage getreten sein. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es bleibt dann alles beim alten und unsere Regierung wird auf ihr Rundreisebillet weiter fahren von Blamage zu Blamage. (Unruhe rechts.) Diese Unfähigkeit geht aus der Grundlage hervor, denn unsere Regierung besteht aus bloßen Bureaucraten, die nach Eingebungen einer Postamtarka bald hier, bald da aufgesehen werden. Was ist von unseren außerordentlichen Erfolgen der Weltpolitik irrompetet worden. Wenn wir aber jetzt dem Fürsten Bülow in das Herz sehen könnten, würden wir da den Wunsch finden, daß wir nur heraus könnten aus dem Dreineist Krautschon. (Sehr richtig! b. d. Soz., Große Heiterkeit.) Und welches Glasco die famose Marokkopolitik gebracht hat, ist noch in frischem Gedächtnis. Dem Zusammenbruch der auswärtigen Politik entspricht der Zusammenbruch im Innern. Mit der 500 Millionenforderung dokumentiert die Regierung ihre Unfähigkeit, selbst in friedlichen Zeiten die Finanzen in Ordnung zu halten. Anstatt Gründe bringt der Reichskanzler und die Herren von der Rechten den kategorischen Imperativ der glühenden Vaterlandsliebe. Wöchten Sie diesen Imperativ doch auf Ihr Portemonnaie anwenden! (Lachen rechts.) Die freisinnigen Forderungen sind viel zu zahm. Not tut die Ein- und Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems. Mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln muß der Reichstag durchsetzen, daß die Minister aus seiner Mitte, aus der Mitte der Reichstagsmehrheit genommen werden. (Zuruf rechts: Sie wollen wohl Minister werden?) Wir kommen dabei nicht in Betracht. (Heiterkeit.) Wir haben aber zu den bürgerlichen Parteien das Vertrauen, daß sie die parlamentarische Regierung gut durchzuführen. — Oder sollten wir uns darin täuschen? (Sehr gut! b. d. Soz.) In welcher Art führen wir nun das parlamentarische System ein? Wenn der gegenwärtige Reichstag nicht die Macht dazu hat, dann wird ein kommender sie haben. Aber kommen wird der Parlamentarismus unbedingt. Das Volk, das mündig sein will, läßt sich keine Kabinettsregierung gefallen, wobei die Minister in der Dunkelkammer fabriiziert werden, aus der plötzlich ein unbekannter Genius hervorspringt, wie Homunculus aus der Retorte. (Große Heiterkeit.) Ein früherer Hofarengeneral stellte sich eines Tages als Postminister vor, (Heiterkeit) und nachher volltigierte er von dem Sessel des Postministers in den des landwirtschaftlichen Ministers hinüber. Daß er uns heute nicht mehr mit seinen über die Grammatik hinausgehenden Reden (Heiterkeit) erfreut, liegt daran, daß er sich schließlich bei Appellkirch u. Co. vor den Bauch gestoßen. (Stürmische anh. Heiterkeit.) In einer der heftigsten Situationen, vor der die Regierung hier jemals gestanden hat, wurde uns ein Herr präsentiert, der schmunzelnd bei den Verhandlungen saß, wie beim Glas Champagner, und hier nach der neuesten Mode von Bukarest auswärtige Politik machte. Er wurde schließlich von dem allgemeinen Gelächter des Reichstages hinweggeschickt. (Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Ich bitte doch, bei den Ministern wenigstens die Titel Form anzuwenden. (Gelächter bei den Soz.)

Ledebour: Ich glaube, gerade diese Art Minister brauchen den Titel nicht. (Sehr gut! bei den Soz.) Wie ist nun aber der Reichskanzler, um zu einem höheren Titel überzugehen, in sein Amt gekommen?

Vizepräsident Dr. Paasche: Das gehört nicht zur Sache. (Lebh. Widerspruch bei den Soz.)

Ledebour: Ich will nachweisen, daß vor allen Dingen unsere leitenden Männer auf andere Weise ernannt werden müssen, ich muß daher auf die Erfahrungen, die wir gemacht haben, eingehen.

Vizepräsident Dr. Paasche: Dann tun Sie es bitte, ohne die Namen zu nennen. (Stürmische Gelächter bei den Soz.)

Ledebour: Also der eine Herr Reichskanzler (Stürm. minutenlange Heiterkeit) sagte kurze Zeit nach seinem Amtsantritt: Meine Herren, Sie kennen mich ja noch garricht, warten Sie doch ab, wie der Hase läuft. Und so etwas mußte sich der Reichstag, mußte sich das rebe deutsche Volk gefallen lassen! Wo ein Volk wirklich über seine Geschicke entscheiden soll, da dürfen nur bewährte Männer an die Regierung kommen, die als Person ein Programm vertreten. (Lebhafte Zustimmung links), nicht aber irgend ein Mann, der wegen irgendwelcher Beziehungen sich das Wohlwollen des derzeitigen Favoriten der derzeitigen Kamarilla erworben hat, und zu dem dieser maßgebende Favorit sagt: Ernharb, Du mußt nach Berlin. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Was für Leute sind uns nicht erst neulich als Reichskanzlerkandidaten genannt worden? Ein im Handtuch geliebter General, ein hoher Aristokrat, der sich bei internen Possenlichkeiten langsam eine angelebte wächserne Nase am Lampenlicht abschmelzen läßt! (Gr. Heiterkeit b. d. Soz., Unruhe rechts.) Warum schließen sich denn die bürgerlichen Parteien nicht wenigstens auf ein paar Jahre zusammen, um eine parlamentarische Regierung durchzusetzen? Unserer Unterstützung sind sie gewiß! Trauen Sie sich nicht die Kraft zu? Nun, Herr Paasche z. B. könnten es als Reichssekretär doch noch nicht schlechter machen, als die bisherigen Leitungen. (Heiterkeit.) Möge das deutsche Bürgertum der Mahnung seines alten Vorkämpfers Ziegler folgen und sich mit dem Mute des Junkertums wappnen. Wir legen besonders Gewicht darauf, daß der Reichstag das Recht hat, den Reichskanzler seines Amtes zu entziehen. Über die Zusammenlegung des Staatsgerichtshofes werden wir uns sehr gern mit den anderen Parteien verständigen. Die Hauptsache ist, daß ein solcher Staatsgerichtshof eingeführt wird, der, um mit einem konservativen Staatsrechtslehrer zu sprechen, auf jeden Kanzler wie die Drohung der Guillotine wirkt. Unsere im Prinzip ja auch von anderen Parteien gebilligten Geschäftsordnungsanträge haben den Zweck, das Interpellationsrecht wirksam zu machen, Mißtrauensvoten zu ermöglichen, die bei Durchführung des parlamentarischen Systems zum Rücktritt der Regierung führen müssen, und es unmöglich zu machen, daß hier, wie es bei der Wahlrechtsinterpellation geschehen ist, der Reichskanzler erscheint und außerhalb der Tagesordnung Angriffe auf Parteien richtet, während diesen die Möglichkeit der Erwiderung abgeschnitten ist. Alles dieses läßt sich gut durchsetzen, aber freilich nicht in der von den beiden Vorrednern vorge schlagenen Weise. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn Sie sich auf freundschaftliche Vereinbarungen mit den Regierungen einlassen wollen, so werden die Anträge verschleppt und verschwinden schließlich im Papierkorb. Mit dem Förderativprinzip soll man uns hier nicht kommen. Der Bundesrat ist nur eine Deforation für die Herrschaft der preussischen Bureaucratie im Reich. Die Reichsregierung ist ein Anhängsel der preussischen Regierung, so eine Art Nebenhotel, wo derselbe Oberkellner die Trinkgelder eintaschiert. (Stürm. Hst.). Nur als preussischer Ministerpräsident hat der Reichskanzler, nur als preussischer Minister haben die Staatssekretäre wirkliche Macht. Das Bundesprinzip schlägt die sündendeutschen Staaten nicht vor grober Vernachlässigung ihrer Interessen. Wir sehen es jetzt wieder in frappanter Weise bei der Elektrizitätssteuer. Die 6 Millionen Bauern gelten nicht soviel, wie ein paar hinterpommersche Junker. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Bei einem parlamentarischen Reichsministerium würden die Interessen der Einzelstaaten viel besser gewahrt werden. Zugeständnisse erlangt man aber nicht, wenn man hier operiert, wie Herr Müller-Meinungen. Wenn der Reichstag sich seiner Machtmittel bedient, so gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder der Bundesrat gibt nach — aber so Vernünftiges ist von der preussischen Regierung nicht zu erwarten — oder aber der jetzige oder der kommende Reichskanzler löst den Reichstag auf. Etwas Besseres können Sie sich gar nicht wünschen. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Unter der Parole: Nieder mit dem Scheinkonstitutionalismus, her mit dem demokratischen Parlamentarismus werden die Parteien, die unter diesem Banner in das Feld ziehen, einen gewaltigen Aufschwung nehmen, und ihre Gegner werden weggesetzt werden. Dann wird auch das Ausland über Deutschlands friedliche Absichten beruhigt werden. Was soll man aber dazu sagen, wenn freisinnige Politiker diese von Patriotismus und Ehre gebotene Taktik eine Expreffertaktik nennen, und ihr eine Bertleraktik vorziehen? (Sehr wahr! b. d. Soz.) Zeigen Sie sich der Ehre würdig, daß das deutsche Volk Sie mit der Wahrung seiner Interessen betraut hat, finden Sie den Mut zur Tat, den Willen zur Macht, und sorgen Sie dafür, daß endlich in deutschen Landen des Volkes Wille das oberste Gesetz ist. (Stürm. anh. Beif. b. d. Sozialdem.)

Graf Brudzewo-Mielecynski (Po): Wir müssen endlich ganze Arbeit machen. Unser Antrag fordert, daß der Reichstag auf Verlangen eines Drittels seiner Mitglieder einberufen werde. Dadurch soll verhindert werden, daß schädliche Dinge hinter seinem Rücken vorgehen. Im Volke kocht und gärt es seit Wochen. Aber aus dieser Enttäuschung des ganzen Volkes ist nur die winzige Maus eines Vertrauensvotums für den Fürsten Bülow entstanden. Er hat es verstanden, aus der Verwirrung und Verlegenheit seines Herrn mit einem Scheinentscheide hervorzugehen. Das deutsche Volk wird aber abrechnen und andere Garantien verlangen, als ihm Fürst Bülow versprochen hat. In diesem Kampfe des deutschen Volkes um seine Rechte werden wir ihm immer zur Seite stehen. (Bravo!) Wir hassen und bestreuen das deutsche Volk nicht, wir haben aber gemeinsam mit ihm das Streben nach Freiheit. (Bravo! b. d. Polen.)

Dr. Junck (N.): Wir wollen eine Änderung der Geschäftsordnung dahin, daß im Anschluß an Interpellationen Beschlüsse gefaßt werden können. Ebenso sind wir bereit, am Zustandekommen eines Gesetzes mitzuwirken, das die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers regelt. Von geringer Bedeutung erscheint uns der Antrag der Polen. Unannehmbar ist uns der Antrag der Sozialdemokraten, daß der Reichstag bei der Entscheidung über Krieg und Frieden mitwirken soll. Ebenso weisen wir die Mitwirkung des Reichstages bei der Ernennung des Reichskanzlers zurück. Wir lehnen auch entschieden jede Verquickung der verfassungsrechtlichen Fragen mit der Finanzreform ab. Der Ausbau des Gesetzes über die Ministerverantwortlichkeit auf der Grundlage der konstitutionellen Monarchie, daß die Sozialdemokraten hieran mitarbeiten wollen, ist erfreulich. Sie haben sich dadurch der monarchischen Meinung verächtlich gemacht. (Heiterkeit.) Freilich taugt der von ihnen eingebrachte Gesetzesentwurf nichts. Den freisinnigen schwebte bei ihrem Antrage die Stellung des englischen Ministerpräsidenten vor, der gegen den Willen der Mehrheit des Parlaments nicht regieren kann. Solche Stellung ist aber nicht durch Verfassungsparagrafen zu schaffen, sondern da handelt es sich um eine Machtfrage. Wenn wir an der Veratung der Anträge mitwirken, so wollen wir doch dafür sorgen, daß dabei das Kaiserium als solches nicht Schaden leidet, daß es geschützt wird gegen Angriffe von unten. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

v. Dirksen (Rp.): Die Gränge zwischen Interpellationen und Anträgen wollen wir in unserer Geschäftsordnung

nicht verwickeln lassen. Vor einem parlamentarischen Regie- rungsrat möge uns der Himmel beschützen. (Lustige Luts- chen rechts.) Der Grundgedanke des polnischen Antrages, daß der Reichstag auf Wunsch einer bestimmten Anzahl seiner Mitglieder zusammenzutreten muß, ist uns nicht unheim- lich. Wenn Ausdruck der Meinungen wurde von der Einberufung des Reichstages aus schließlich sühnend, ist das ein Grund abzugeben. (Lustig lächelnd) Lagen könnte uns der Antrag über die Wahlprüfung des Reichstages bei der Entscheidung über Krieg und Frieden in eine gefährliche Situation bringen. Der parlamentarische Regierungsrat über die Verantwortlichkeit ist eine juristische Ungeheuerlichkeit. Wenn die Kaiser würde der Kaiser zu einer Resolution des Reichstages werden. Wenn das Parlament nur geringen Einfluß hat, so liegt das nicht immer an der Verfassung, sondern auch an dem Parlament. (Leb. Zustimmung bei den Sozial.) Das Parlament hat das Recht der Budgetverweigerung, die stärkste Waffe, die man sich denken kann. Wenn wir ein Ministerverantwortlichkeits- gesetz gehabt hätten, wäre Bismarck zu Anfang der vier Jahre von der Wehrheit des Abgeordnetenhauses zweifellos für unfähig zur Vertheidigung seines Amtes erklärt worden. (Sehr laut rechts.) Wenn der Reichstag keinen Einfluß hat, so liegt das an der Verfassung der Parteien. Ein ein- mütiger Reichstag ist eine Macht, der kein Kaiser und kein Kanzler widersteht. (Leb. Beifall rechts.)

Darauf verlegt das Haus die Weiterverhandlung auf Donnerstag 1 Uhr.
Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine milde Strafe. Das Schwurgericht in Danzig verurtheilte den Spinnfabrikbesitzer Wippermann aus Preussisch-Statgard wegen Verbrechens im Amt unter Zuhilfenahme milderer Umstände zu einem Jahre Gefängnis. Wippermann hatte amtliche Gelder in Höhe von 23 000 Mk. unterschlagen und die Bücher gefälscht.

Das Urteil im Regensburger Landesfriedensbruch- prozeß. Am Montag nachmittag fällte, wie schon berichtet, das Landgericht Regensburg gegen die 64 Angeklagten das Urteil. Während der Staatsanwalt insgesamt 17 Jahre Gefängnis und 14 Freisprechungen beantragt hatte, zählt das Urteil nur 12 1/2 Jahre Gefängnis und brachte die Freisprechung für 18 Angeklagte. Die geringste Strafe ist eine Woche, als höchste 10 Monate. Diejenigen „Landesfriedensbrecher“, die nur zufällig bei der „zuwammen- geordneten“ Menge, aus der heraus einige wenige schimpften oder Steine warfen, fanden, kamen mit der geringst zu- lässigen Strafe von 3 Monaten davon; jene, die Steine ge- worfen oder Streikbrecher, Scharte um, gerufen hatten, er- hielten 4 bis 10 Monate. Die mit 1 bis 6 Wochen Gefängnis bestraften, meist Frauen, sind auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung verurteilt. Aber den Verlust des Prozesses haben mir schon berichtet. Er brachte die merkwürdige Tatsache, daß viele der Arbeitswilligen Frauen ihre früheren vor dem Untersuchungsrichter gemachten schwerwiegenden Aussagen nicht mehr anrecht erhielten und als Grund für ihre früheren, unter Eid gemachten falschen Aussagen angaben, der Untersuchungs- richter habe sie „geschreckt“ oder: sie hätten nie so ausgelagt und wüßten nicht, wie derartige ins Protokoll kommen konnte. Das Urteil selbst ist nach mehreren Seiten hin einfach unverständlich. Nachdem sich durch die Ver- handlung die Tatsache herausgestellt hat, daß die in- zeitigen Meldungen von „Straßenkämpfen“, „for- mellen Feuergefechten“, „ununterbrochenem Steinregen“ usw. verfehlte Aussagen der ober- präsidialen Zentrumsprelate waren, von christlichen Sekretären aufgestellt zu dem Zwecke, den nach drei- wöchigen Kampfe auf dem Eisenwerk Marzahn hinterhältig verübten Streikbruch der Christlichen zu verhindern, so hat man vom Gericht erwartet, daß es die Anklage auf Lande- friedenbruch ohne weiteres fallen läßt und die ein- mal Schuldigen von Zentrumsprälaten erzeugenen und gewerkschaftlich noch nicht oder nur in geringem Maße geschulten Angeklagten nur wegen Körperver- letzung oder wegen Vergehens gegen den § 153 der G.-D., der bekanntlich ja auch nicht geringe Strafen zuläßt, bestraft. Dann sind aber auch die durchweg hohen Strafen unbegründ- lich! Rika zehn Mann unter den 60 Ausgeperrten haben tagtäglich Ausschreitungen begangen: sie mußten dafür be- straft werden. Aber man hat nicht berücksichtigt, daß die Leute ungeheuer erregt waren, einmal schon des- wegen, daß sie wegen einige Wenigke Vohnerhöhung brutal ausgeperrt wurden aus dem Werk, dem sie im letzten Jahre 4 Millionen Gewinn erarbeitet haben bei 12 Stunden langer harter Arbeit und 2,20 Mark und 2,40 Mark Tagelohn. Ferner dadurch, daß man den Christlichen nach dem Streikbruch und den übrigen Ar- beitswilligen mehr zulagte, als die Ausgeperrten gefordert hatten! Man hat ferner unberücksichtigt gelassen die Tat- sache, daß die Erbitterung der Arbeiter zur Ziehbühne ge- steigert wurde dadurch, daß das Werk durch die Genarmen das Gerücht verbrachte, am anderen Tage kämen faecal stehende Streikbrecher, daß die Ausgeperrten überhaupt auf WiederEinstellung nicht mehr rechnen könnten, welches Gerücht dann die Ausgeperrten naturgemäß alle auf die Beine und vor das Werk brachte, um die Hunderte fremder Streikbrecher aufzuklären und fern- zuhalten. Die Streikbrecherarmen kamen zwar nicht, aber die zum Werk ziehenden einheimischen Streikbrecher haben dann die Ausschreitungen durch ihr zorniges Verhalten direkt provoziert. Das Gericht ließ ferner außer acht, daß in der dortigen Gegend Kaufhandel Landes- sille und ja, daß gerade die Frauen es bisher waren, die dem Volk das Verprügeln politischer Gegner als göttliche Willkür lehrten. Geradezu rätsel- haft aber ist die Verurteilung des Vertrauensmannes der Ausgeperrten, und noch dazu Verurteilung zu sieben Mo- naten Gefängnis. Er war auf Grund früherer falscher Aussagen anfänglich juristisch, dann aber nur moralisch als „Häufelführer“ gekennzeichnet; der Akt trägt seinen Namen. Er wurde aber durch die Ver- handlung, durch die Streikbrecher selbst glänzend ge- rechtfertigt als besonnen, ruhiger Mann, der bei jeder Gelegenheit zur Ausschreitung warnte und solche direkt verhindern, ja, angebliche Streikbrecher direkt unter seinen Schutz stellte und sie persönlich zur Arbeit begleitete. Das alles wurde vom Staatsanwalt ausdrücklich anerkannt, und seine Verurteilung erfolgte nur deswegen, weil er — viel- leicht kann man sagen: aus Ungehorsamkeit — auf einen Streikbrecher, von dem man erfahren hatte, daß er einen Revolver gekauf und täglich Schießübungen abge- halten habe, zuließ und ihm die gefährliche Waffe abver- langte, um ein Unglück zu verhüten! Und einzig und allein deswegen sieben Monate Gefängnis! Selbst der „bedrogene“ Streikbrecher erklärte unter Eid, daß der Mann ihm nichts getan hat und nichts tun wollte, ja, dem Staatsanwalt den sogar direkt aufgefordert hatte, ihm, dem Streikbrecher, nichts zu tun! Die Verurteilung die- ses Angeklagten drückt dem ganzen Urteil den Stempel

auf, den Stempel eines Klassenurteils, gefügt von Richtern, die dem Denken und Fühlen der Arbeiter und der Arbeiterbewegung überhaupt fremd gegenüberstehen!

Ein Naturheilkundliche vor den Geschworenen. In Dagen (Westfalen) hatte sich dieser Tage der 32jährige Na- turheilkundliche Otto Goede aus Herloh wegen tötlicher Verleumdung und Sittverbrechens zu verantworten. Seine „Spezialität“ bestand vornehmlich in der Behandlung von Frauenkrankheiten, akuter wie chronischer Natur. Zur Verhandlung waren etwa 20 Zeuginnen, darunter eine katholische Schwester, zwei Sachverständige und Gutachter, sowie der Chemiker Dr. Tricke geladen. Die Verhandlung, welche gegen Gefährdung der Sittlichkeit unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, ergab, daß die Verhandlung, die der Angeklagte seinen Patientinnen angedeihen ließ, nicht nur eine geradezu unmenschliche vom ärztlichen Stand- punkte war, sondern auch, daß er mit der weiblichen Ehre denselben in geradezu gemeiner und skandalöser Weise umgegangen ist. Bei der Vernehmung einiger Zeuginnen ereigneten sich unliebsame Szenen. Einzelne Zeuginnen verfielen in hysterische Krämpfe, waren keines Wortes mächtig und es bedurfte län- gerer ärztlicher Bemühungen, bevor die Zeuginnen ihre Aussagen machen konnten. Nach dem Gutachten der beiden Sachverständigen ist der Angeklagte für seine Tat voll und ganz verantwortlich, da er bei Begehung der Tat sich durch- aus in zurechnungsfähigem Zustande befunden habe. Nach dem Wahrpruch der Geschworenen ist der Angeklagte des Vergehens gegen § 220 des Str.-G.-B. sowie der tötlichen Verleumdung in zwei Fällen für schuldig befunden und be- urteilt der Staatsanwalt demgemäß auf eine Gesamtzuch- hausstrafe von 8 Jahren, sowie auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre zu erkennen. Das Gericht verur- teilte den Angeklagten zu 6 Jahren Zuchthaus und 4 Jahren Ehrverlust. Von der erkannten Strafe sind 4 Monate für die erittene Untersuchung in Anrechnung ge- bracht.

Oldenburger Landtag.

h. Die Plenarsitzung am Mittwoch, den 2. Dezember, auf welche 12 Verhandlungspunkte gesetzt waren, wurde ein- geleitet durch die Verhandlung über die eingegangenen Inter- pellationen. Abg. v. Levegow interpellierte die Regierung über ihre Stellungnahme zur Nachlasssteuer, wie sie vom Reich in der Finanzreform gefordert wird; Abg. Tappene- beck interpelliert über die Gas- und Elektrizitäts- steuer, Abg. Boffe-Gutin über die Stellungnahme der Regierung zum Entwurf eines Gerichtsverfassungsgesetzes, welches die Ausnahmestellung der Lehrer, die nicht Schöffen und Geschworene sein dürfen, nicht beseitigt. In der Begründung der Interpellation v. Levegow führt dieser aus, daß er zwar die Notwendigkeit neuer Steuern anerkenne, aber sich dagegen verwahre, wenn die Lasten dem Mittelstand und den ärmsten Kreisen der Familie unterlegt werden sollen. Die Mindestgrenze sei zwar auf 20000 Mk. festgesetzt, aber diesen Vorschlag haben gewöhnlich die Familienglieder nicht schaffen können. Er sei auch deshalb gegen diese Steuer, weil sie keine Rücksicht auf die Zahl der Erben nimmt. Das Eintreten der Sozialdemokratie für diese Steuer müßte jeder verständigen Regierung den Weg zeigen. Die Sozialdemokratie gehe planmäßig darauf aus, den Mittelstand heillos zu machen, eine verständige Regierung dürfe dem nicht Vorschub leisten.

Die Regierung erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit. Minister Kuhstrahl: Aber die internen Verhand- lungen im Bundesrat könne er sich nicht verbreiten, da sie geheim sind. Es könne aber keinem Zweifel unterliegen, daß der herrschenden Finanznot im Reiche entgegengetreten wer- den muß, da müssen alle Kreise Opfer bringen. Die Finanz- reform im ganzen sei zu unterstützen, ob auch im einzelnen dies überall der Fall sein müßte, darüber könne Meinungs- verschiedenheit herrschen. Die Nachlasssteuer sei aber ge- eignet, die Matrikularbeiträge zu vermindern.

In der Beiprechung der Interpellation wendet sich Abg. Tappenebeck gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer, als eine Betriebsmittelbesteuerung, die auch die Gemeinden treffe. Es sei schon eine Besteuerung der Kohle richtig, obwohl er derselben nicht das Wort reden wolle.

Abg. v. Hammerstein will Reichssachen nicht ver- handeln haben im Landtag, wendet sich jedoch dann ent- schieden gegen jede Reichs-Einkommen- und Vermögenssteuer, welche er den Einzelstaaten überlassen wissen will, da anderer- seits die Bankerrottwirtschaft im Reich auf die Einzelstaaten übertragen würde.

Abg. Dursthoff spricht gegen eine Kohlensteuer, da die Kohle schon heute teurer sei als im Ausland, spricht von einer Belastung der Industrie durch hohe Arbeitslöhne und die soziale Veränderungsgesetze, und wendet sich gegen Gas- und Elektrizitätssteuer auch um deswillen, weil die Aus- nützung der Moore für Elektrizitätszwecke eine Zukunftsaufgabe sein wird. Abg. Tappenebeck prüft, wenn nun die Steuern abgehoben werden, wober die Mittel hergenommen werden sollten. Er hält die Einmischung in Reichssachen für wert- los, die bloß von den eigenen Angelegenheiten des Groß- herzogtums abzulenke. Staatsminister Scheer greift diese Ansicht sofort auf und hält es ebenfalls für inopportun, sich mit Reichssachen zu beschäftigen, da dann das Reich auch den umgekehrten Weg einschlagen könne. Im einzelnen drückt der Minister seine Verwunderung darüber aus, daß die Gemeinden, welche sich jetzt gegen die Gas- und Elek- trizitätssteuer wenden, aus den Unternehmen der Gemeinden dieser Art so hohe Reingewinne herauswirtschaften, statt zu Selbstkosten abzugeben.

Abg. Jung führt aus, daß der Mangel an grundsätz- licher Kritik, wie sie der liberale Abg. Tangen zum Aus- druck gebracht, schon viel Unheil gestiftet habe. Der Landtag habe durchaus ein Recht, zu wissen, welche Stellung die Regierung im Bundesrat einnehme. Die Bundesstaaten hätten sich längst viel zu nachgiebig gegen die preussische Wirtschaft gezeigt, und er müsse den Vorwurf erheben, daß die Regierung nichts tue gegen die fortgesetzt steigenden Ausgaben im Reich. Alles rede davon, daß die Ausgaben aufgebracht werden müssen; richtiger wäre es schon, man rede einmal von den unerhörten Ausgaben, die vermieden werden könnten im Reich. Als Bismarck kam, hieß es, wir schwimmen im Geld, jetzt aber herrscht die Bankerrottwirt- schaft im Reich. Redner wendet sich gegen den Vorschlag einer Kohlensteuer und führt dann aus, daß er und seine Freunde die Regierung über ihre Stellung zur Bier-, Tabak- und Inzeststeuer habe interpellieren wollen, aber leider nicht eine Antwort gefunden habe und wie die Dinge liegen, werden die bürgerlichen Par- teien leider diese Steuern schlucken! Redner wendet sich dann gegen von Levegow, der außer dem Haupte gegen das jüdische Kapital weitere: die Sozialdemokratie wende sich aber gegen die ganze Kapitalherrschaft. Oldenburg hätte allen Anlaß, sich gegen die Tabaksteuer zu wenden, die die heimische Tabakindustrie ruinere. Die Einkommen- und Vermögenssteuer auch als Reichsteuer sei gewiß die gerech- teste Steuer; wenn man diese ablehne, bleibe nur noch die indirekte Besteuerung übrig, die die breitesten Volksschichten aber am schwersten treffe.

Minister Kuhstrahl fragt, wer denn wisse, daß die Regierung nicht im Bundesrat dahin wirke, daß es anders werde. Jeder andere hätte auch so verfahren müssen, wie die Regierung jetzt gehandelt habe.

Abg. v. Levegow bekennt sich darauf als Anhänger der indirekten Besteuerung im Reiche als die beste Steuer- reform. Er will sich nicht nur gegen das jüdische Kapital gewandt haben, sondern gegen jedes Kapital, das volks- feindlich wirkt, und spricht für die Besteuerung mittellosen Gewinnes, z. B. der Dividendensteuer und tritt dann für einen Ausfuhrzoll auf Kohle ein.

Abg. Boffe will den Vertretern im Bundesrat das Gewissen schärfen, die zu nachgiebig seien gegen Heeres- und Marineforderungen.

Nachdem diese Interpellationen erledigt sind, erklärt Reg.-Kom. v. Fink namens der Regierung sich zur Inter- pellation Boffe bereit. Die Bestimmung über die Nichtzulassung der Volksschullehrer als Schöffen rechtfertige sich aus dem Interesse der Schulverwaltung, gegen welche Auffassung sich Abg. Boffe wendet.

Von den nun zur Verhandlung stehenden Sachen ist her- vorzuheben die Annahme eines Gesetzes betr. die Er- höhung der Tagegelder für die Provinzial- ratsmitglieder der Fürstentümer von 2 Taler auf 8 Taler, sowie ein Gesetz, welches die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtsverletzungen von Beamten in Ausübung der öffentlichen Gewalt bezieht, so- wie der Beschluß auf Vermehrung der Aktaur- stellen, wovon auf das Amtsgericht des Fürstentums Lübeck zwei Gerichtsaktuarre und bei der Regierung in Guttin ein Aktaur entfallen. Eine Petition auf Einführung des Notariats fand nicht ausreichende Unterstützung und wurde über dieselbe zur Tagesordnung übergegangen.

Die Geschäftsbehandlung bei der Regierung der Fürsten- tümer Lübeck und Birkenseld hat zu mancher Klage Anlaß gegeben, die insbesondere in der Unständlichkeit be- stand, mit welcher von Seiten der Regierung gear- beitet wurde. Die Regierungsgeschäfte unterstanden bisher einer kollegialen Beschlussfassung. Nach einem dem Landtag unterbreiteten Gesetz sollten fortan nur die Angelegen- heiten des Schulwesens, der Domänen und Staatsforsten, der direkten Staatssteuern, des Kornguts und des Kirchenwesens kollegial behandelt werden. In allen übrigen Angelegen- heiten soll dem Regierungspräsidenten die alleinige Ent- scheidung und Verfügung zustehen.

Zwei weitere Gesetze sollen die Sonntags- und Feiertagsordnung sowie die Veranstaltung von Lust- barken neu regeln. Beide Gesetze haben den Pro- vincialrat bereits beschäftigt und dessen Zustimmung in den wesentlichsten Teilen gefunden.

In einer Petition der Landwirtschaftskammer des Fürstentums Lübeck an den Landtag spricht sich diese gegen ein Gesetz der Reichsregierung auf Besteuerung des Nachlasses des Kindes- und Gattenerbes aus. — Abg. v. Levegow hat in der Angelegenheit eine Interpellation an die Regierung gerichtet, um die Stellung der Regierung zur befragten Steuer zu erfahren.

Aus Nah und Fern.

Ein Fortschritt. Die Reichspostverwaltung wird durch Vermittlung des deutschen Geschäftsträgers in Washington mit dem Generalsekretär der Vereinigten Staaten von Amerika eine Vereinbarung dahin treffen, daß für die zwischen Deutschland und den Ver- einigten Staaten auf direktem Seewege auszutau- schenden frankierten Briefe vom 1. Januar 1900 ab in der Richtung aus Deutschland eine Taxe von 10 Pfennig für jede 20 Gram und in der Richtung aus den Vereinigten Staaten von Amerika eine solche von 2 Cents für jede Unze berechnet wird, während für unfrankierte Briefe das Doppelte dieser Sätze zu entrichten sein wird.

Gafferlos. In Wien ist aus Anlaß des 60jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers ein großer Klumbim ver- anstaltet worden. Hierbei sollen drei Leute totge- drückt werden sein.

Gewaltige Aufregung erregt es in Genf, daß die be- kannte Hamburger Schriftstellerin Ilse Frapan von der Künstlerin Mandelbaum auf Wunsch erschossen worden ist. Nachher beging die Mandelbaum Selbstmord. Die Gründe, die die befreundeten Frauen in den Tod getrieben haben, sind noch unbekannt.

Untergegangener Dampfer. Einier Lloydmeldung zu- folge ist der Dampfer „Ginsei Maru“ auf der Höhe von Weihaiwei untergegangen. Es soll niemand gerettet sein.

Ueberfall auf einen Trambahnwagen. Im Ge- schäftsviertel in Newyork hielten nachts Banditen zwischen 3 und 4 Uhr einen Trambahnwagen auf, in dem eine größere Gesellschaft von einer Festlichkeit heimkehrte. Sie nahmen mit vorgehaltenen Revolvern dem Schaffner die Geldtasche, den Herrn die Portemonnaies und den Damen die Schmucksachen ab. Die Banditen erbeuteten 200 Mk. in bar und 5000 Mk. in Juwelen.

Handels- und Marktnachrichten.

Getreidepreise.

Lübeck, 2. Dezember.
Weizen, 115-127 Pfd. holl. 175-194 Mk. Roggen 115-123 Pfd. holl. 150-165 Mk. Gerste, nach Qualität 160-175 Mk. Hafer, nach Qualität neuer 145-165 Mk., alter 170-180 Mk. per 1000 Kilo.

Streu- und Viehmarkt.

2. Dezember.
Der Schreinehandel verlief ruhig.
Zugeführt wurden 530 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandschweine jährere 66-67 Mk., leichte 65-65 1/2 Mk., Sauen 56-63 Mk., Ferkel 60-64 Mk. pro 100 Pfund.

Butter-Notierungen.

5. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Vorpommern.
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Hamburg, 2. Dezember.
1. Klasse 150 Drittel zu 116,97 Mk. im Durchschnitt.
2. " 21 " 108,66 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung.
Verleger: J. H. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sammler in Lübeck.